

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Aus.

Abonnementspreis 50 Hg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzeln Nummern 1 Mark.

Aufnahmen in Anzeigen- oder redaktionellen Zeit kosten 1 Mk. für die sechspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum. Vereins- und Versammlungsanzeigen kosten pro Zeile 25 Hg. Geschäftsanzeigen werden nach Erledigung laufender Aufträge nicht mehr aufgenommen.

Telephon-Nummern: Expedition 89, Vorstand 98.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegraphische Adressen: Wochens Wochens.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Wochens.
Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Wochens, Wienerschauserstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Tag, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Zur Auslegung des Reichs-Kali-Gesetzes.

In der Presse beschäftigt man sich mit den Bemühungen amerikanischer Unterhändler zwecks Erlaß der im Reichs-Kaligesez vorgesehenen Ueberkontingentsabgabe für die Abwicklung der sogenannten Schmidtmannverträge mit den amerikanischen Düngetrusts. Dabei unterlaufen Irrtümer und deshalb Fehlschlüsse, was bei der Eigenart der fraglichen Materie nicht wunderlich ist. Da ich die Entstehungsgeschichte des Gesetzes als Mitglied der „Kali-Kommission“ des Reichstages genau zu kennen glaube, dürften folgende Darlegungen vielleicht zur Klärung der Sachlage beitragen:

Der wesentlichste Grund für die vollzogene gesetzliche Regulierung der deutschen Kaliindustrie war ihre ruhmlose Desorganisation durch eine wilde kapitalistische Spekulation. Nach uns von der Regierung gelieferten Nachweisen waren die derzeit bestehenden und die bald fertigen Werke im Jahre 1909 eine Jahresförderung von 850-400 Millionen Doppelzentner zu liefern. Tatsächlich brauchten sie nur 70-80 Millionen Doppelzentner zu fördern, weil eben der Absatz nicht höher war. Und noch bestanden um diese Zeit (Ende 1909) über 200 Kaliwerksunternehmungen, die alle bemüht waren, möglichst schnell in die Reihe der Lieferfertigen Werke zu treten.

Je mehr Werke, um so geringer das auf das einzelne fallende Förderquantum. Vor den preussisch-sächsischen Werken z. B. wurden zuerst nur noch 20 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt. Das private Werk Solstedt mußte 1906 : 31 %, 1907 : 40 %, 1908 : 19 %, 1909 : 21 % seiner Leistungsfähigkeit aus. Es gehört der vielgenannten Firma Schmidtmann, Wärsleben, und ihren amerikanischen Geschäftsfreunden.

Wegen der unaufhörlichen Neueröffnung von Werken kam das Kalisyndikat immer stärker ins Gedränge. Die alten Werke vor allem die Schmidtmannschen — sträubten sich immer heftiger gegen die durch den Anschluß neuer Werke erfolgende Herabsetzung der Absatzquote (Beteiligungsquoten an Syndikatsabsatz) und als bestmögliche Abwehr (30. Juni 1909 der damals abgeschlossene Syndikatsvertrag nicht wieder zustande kam, schlossen die Werke Wärsleben und Solstedt mit den amerikanischen Düngetrusts sehr umfangreiche freihändige Lieferverträge ab. Die hierin vereinbarten Preise hielten sich weit unter dem üblichen Auslandspreis des Kalisyndikats; und was die Liefermenge anlangt, so hätte sie lange Zeit zur Deckung des (bisherigen) ganzen amerikanischen Kalibedarfs genügt. Durch diese „Schmidtmann-Verträge“ wäre den übrigen Kaliwerken so ziemlich das ganze amerikanische Geschäft verdrängt worden. Das fällt besonders ins Gewicht, weil das Kalisyndikat im Gegensatz zu anderen kapitalistischen Syndikaten die Auslandspreise höher als die Inlandspreise bemessen hat und deswegen gerade an den starken Lieferungen nach Amerika am meisten verdient. Daher die Erbitterung der anderen Werksbesitzer gegen Schmidtmann. Da der preussische Fiskus ein Hauptinteressent an der Kaliindustrie ist und vornehmlich das alte Kalisyndikat stützte, so hatten die unkontrollierbaren Einflüsse der Syndikatsfreunde den Erfolg, daß zunächst der damalige preussische Handelsminister Herr Delbrück im Reichstag am 7. Juli 1909 ein Eingreifen der Regierung gegen die „Verflechtung von Kali in das Ausland“ in Aussicht stellte und daß in der letzten Reichstagsession tatsächlich ein entsprechender Gesetzesentwurf vorgelegt worden ist.

Galten wir also fest: Die Differenzen im alten Kalisyndikat entsprossen der wuchsfähigen Spekulation in der Kaliindustrie, dem wilden Jagen nach möglichst viel Mammon. Daran erkrankte die Industrie bis ins Mark. Das Syndikat zerfiel und eine Werksgruppe war schneller wie alle anderen mit billigen, syndikatsfreien Auslandsverträgen fertig.

Die Regierung entschloß sich also — was sie längst vorher hätte tun sollen! — zu einem gesetzlichen Eingriff in die Industrie. Aber dieser Eingriff sollte nichts anderes als die gesetzliche Aufhebung der Syndikatshegemonie mit allen ihren Uebeln zur Folge haben. Dagegen wandte sich eine Mehrheit im Reichstag, und in der Kommissionsberatung erfuhr die Regierungsvorlage eine vollständige Umformung. Die Sozialdemokraten kamen mit Vorschlägen heraus, die das Uebel an der Wurzel faßten: Entweder sollte die Ausbeutung der nationalen Kaliförderung ganz der privatkapitalistischen Spekulation entzogen oder dem Reiche sollte wenigstens das Handelsmonopol in Kali übertragen werden. Jedoch, selbst solche Parteien (Zentrum und Antijemiten), deren Presse wiederholt der Verstaatlichung des Bergbaues das Wort geredet hat, waren nicht einmal für ein Reichshandelsmonopol zu haben, obgleich es Kostenlos eingeführt werden konnte und für die Reichsstaats Ueberchüsse abgeworfen hätte! Die Sozialdemokraten ständen also allein mit ihren vorkapitalistischen Vorschlägen.

Als dies Resultat vorlag, beteiligten sich die Sozialdemokraten dennoch eifrig an der weiteren Gesetzesberatung, um so viel wie möglich für die Allgemeinheit zu retten. In dessen ihre Vorschläge, die auf eine energische Eindämmung der privatkapitalistischen Spekulation hinausliefen, wurden ebenfalls abgelehnt und was sie voraussetzten, nämlich, daß das Gesetz so der eigentlichen Krankheitsursache nicht beikommen würde, ist eingetroffen: Die Grundwirtschaft ist weiter gegangen!

Ein Mitarbeiter der „Leipziger Volkszeitung“ (12. November 1910) schreibt, „daß das ganze Kaligesez ebenso schlampig gearbeitet sei, wie die Steuererlasse des Schnapsblocks“. Das ist bedingt richtig. Lange genug hat die Kommission über dem kleinen Gesetz gesehen, wohl jeder Paragraph ist mehrmals umgedrückt, ausgefeilt und wieder abgedrückt worden. Aber die bürgerliche Kommissionsmehrheit wollte keine grundsätzliche Sanierungspolitik, sie wollte der privatkapitalistischen Spekulation nicht wehe tun, sie wollte den Belz waschen ohne ihn abzuschneiden. Dazu spielte allerhand Interessenpolitik auch in den internen Beratungen hinein. So kamen Halbheiten zustande, die die Widerstände nicht befriedigt, die Keime neuer Kon-

Erst nachdem die Sozialdemokraten Vorschläge zum Schutz der Gemeinden, der Arbeiter und Beamten gegen die Folgen von Werksstillegungen und für die Abwicklung von Tarifverträgen zwischen Arbeitern und Werksbesitzern auf der Grundlage eines Minimallohnes und eines Maximalarbeitstages eingebracht hatten, befaßten sich auch die bürgerlichen Parteivertreter mit dieser Materie. Wieder mit dem Ergebnis, daß die bestimmten Vorschläge der Sozialdemokraten abgelehnt wurden und unbestimmte, in der Praxis sehr schwierig zu handhabende Paragraphen in das Gesetz gekommen sind. Die Schuld daran trifft in erster Linie das Zentrum. Herr Hg. Schiffer, Redaktionschef, hat selber in der „Köln. Volksztg.“ geflagt, wenn die Zentrumsvortreter dem Tarifvertragsantrag der Sozialdemokraten zugestimmt hätten, so wäre er in das Gesetz hineingekommen! Es würde sich dann in der nächsten Lesung ein für die Arbeiter günstiger Abschluß des Gesetzes, als es nun der Fall gewesen ist, gefunden haben. Hauptächlich der sog. „Vermittlungsrolle“, die das Zentrum auch beim Kaligesez gespielt hat, sind die Halbheiten und Unklarheiten in den wichtigsten Abschnitten zu danken. Dabei sind wohl die Privatkapitalisten auf ihre Kosten gekommen, aber die Allgemeinheit und die Arbeiter speziell haben sich mit Hautschmerzparagraphen begnügen müssen.

Trotzdem hat die sozialdemokratische Fraktion für das Gesetz gestimmt, weil es immerhin ein prinzipielles Zugeständnis an den Sozialismus darstellt und weil es gegen den früheren Zustand wenigstens keine Verschlechterungen brachte.

Wie steht es nun mit der Abwicklung der amerikanischen Verträge? Der Mitarbeiter der „Leipziger Volksztg.“ schreibt:

„In den Uebergangsbestimmungen“ des Gesetzes heißt es, daß das Gesetz keine Anwendung findet auf Verträge, die vor dem 17. April 1910 abgeschlossen sind. Das gilt also für den ursprünglichen Vertrag mit den Amerikanern, kritisch aber ist, ob es für den Zusatzvertrag gilt, wonach der erste Vertrag auf weitere fünf Jahre verlängert wird. Die Regierung stellt sich auf den Standpunkt, daß für die Mengen, die Wärsleben über sein Kontingent hinaus an die Amerikaner nach dem 1. Januar 1912 liefern würde, die Strafsteuer zu zahlen ist. Diese Steuer aber ist recht hoch. Sie beträgt für Düngeträger, die bis zu 22 Prozent Kali enthalten, für den Doppelzentner reines Kali 18 Mark, während der gesetzlich zulässige Höchstpreis für die gleichen Salze 14 Pfennig für 1 Prozent Kali ist. Somit kostet ein Doppelzentner 20 prozentigen Düngeträgers 2,80 Mark, die Steuer aber beträgt 2,80 Mark.

In dem Verträge ist nun gesagt, daß etwaige Ausfuhrsteuer die Käufer zu tragen haben. Das wäre dann für die Amerikaner eine vollständig unmögliche Lage, denn sie würden dabei von ihren Konkurrenten geschlagen. Wohl haben sie billige Preise vereinbart; der Doppelzentner kostet sie annähernd 1,50 Mark, inklusive Steuer wären es 4,10 Mark. Aber ihre Konkurrenten, die den vollen Syndikatspreis bezahlen, d. h. kontingentierte Salze kaufen, die gleiche Ware für 2,80 Mark erhalten.

Vor kurzem sind nun die Vertreter des amerikanischen Düngetrustes in Berlin gewesen, um mit der Regierung zu verhandeln; aber sie haben gleich einen Vertreter ihrer Regierung mitgebracht. Dieser stellte sich gleich ihnen auf den Standpunkt, daß der Vertrag zu Nicht bestehen und die Strafsteuer dem Vorkaufe des Gesetzes nach nicht erhoben werden dürfe. Zu einer Einigung ist es nicht gekommen, und der Vertreter der amerikanischen Regierung ist abgereist.

Nun ist ganz klar, daß die Bestimmung über die Strafsteuer ganz speziell in Hinblick auf den bestehenden Vertrag von der Schnapsblockmehrheit in das Gesetz hineingebracht worden ist. Mehr noch, in dem ersten Entwurf, der im Dezember vorigen Jahres eingebracht wurde, brachte es die deutsche Regierung fertig, eine Bestimmung vorzuschlagen, wonach bereits abgeschlossene Verträge über Verkäufe von Kalisalzen nach dem Auslande einfach annulliert werden sollen. Man kann daher nicht anders, als in dieser ganzen Gesetzesmacherlei eine Herausforderung der Amerikaner zu sehen.

Dieser Ansicht bin ich nicht. Zunächst meine formellen Gründe:

Gesetzt den Fall, unser Verstaatlichungs- oder unser Handelsmonopolantrag sei angenommen worden, so hätte auch das sich hierauf gründende Gesetz nicht an den bestehenden Verbindlichkeiten vorbeigehen können. Wie hätten wir diese Frage gelöst? Vermutlich, indem wir das Reich als Rechtsnachfolger mit der Erfüllung der vorliegenden Lieferverträge beauftragten. Laten wir das — es unterliegt keinem Zweifel, daß dies gechehen wäre — so handelten wir kulant, als dies in ähnlichen Situationen in manchen ausländischen Zoll- oder Steuergesetzen gechehen ist. Dort ist nämlich, auch Deutschland gegenüber, keine besondere Rücksicht auf laufende Privatverträge genommen, sondern sie sind ohne weiteres mit den neuen Abgaben belastet worden!

Wie verhält es sich nun mit der augenblicklichen „amerikanischen Differenz“? Wir liegen die Schmidtmann-Verträge im Wortlaut vor. Da heißt es z. B. in den von den Herren Schmidtmann und Bradley am 1. Juli 1909 unterzeichneten, zwischen der Amerikan Agricultural Chemical Company in New York und den Kaliwerken Wärsleben abgeschlossenen Vertrag: „Die Dauer dieses Vertrages ist auf zwei Jahre bemessen!“ Nur für diese Zeit gelten danach die vereinbarten Bedingungen. Ferner heißt es da:

„Die Preise für die einzelnen Kalisorten während der ersten zwei Jahre dieses Vertrages sind die unten den einzelnen Salzarten beigefügten, bei jeder Verschiffung zuzüglich der tatsächlichen Fracht auf diese Verschiffung von Wärsleben zum Abnehmerhafen in den Vereinigten Staaten. Irgend welche Ausfuhr- oder Einfuhrzölle oder irgend welche anderen Regierungsaufgaben, welche während der Dauer dieses Vertrages in Kraft treten sollten, sollen ebenfalls von dem Käufer bezahlt werden.“

Also der Käufer, d. h. der betr. amerikanische Düngetrust hat sich von vornherein zum Tragen aller irgend wie gearteten, auch der von der Regierung etwa erhobenen Abgaben verpflichtet! Als dies vereinbart wurde, stand schon ein gesetzlicher Eingriff in die Kaliindustrie in Aussicht. Eben deswegen jener charakteristische Passus, durch den sich Schmidtmann gegen die Amerikaner sicherte. Der „Nachtragsvertrag“ zwischen J. B. Thomas & Sohn Company of Philadelphia und dem Kaliwerk Solstedt ist erst

am 30. September 1909 unterzeichnet worden und enthält ebenfalls die obige Klausel! Damals stand die Einbringung einer Kaligesezvorlage fest.

Bei der Beratung des Gesetzes konnte nur mit den endgültig abgeschlossenen laufenden Verträgen gerechnet werden. Ich muß aber konstatieren, daß nur eine geringe Minderheit in der Kalikommission gewillt war, selbst jene definitiv abgeschlossenen Verträge zu ignorieren. Sozialdemokraten, Freisinnige, Zentrum, Polen und Nationalliberale drangen geschlossen darauf, einen Konflikt mit Amerika zu vermeiden. Eigens wurde ein Vertreter des Auswärtigen Amtes zitiert, der Rückschlüsse über die handelspolitische Situation gab. Auch die Regierung betonte in allen Stadien der Beratung die Notwendigkeit, irgendwelche internationalen Komplikationen zu vermeiden. Zuguterletzt kam mit ausdrücklicher Zustimmung der Regierung folgender Paragraph in das Gesetz hinein:

„Der Bundesrat ist ermächtigt, die Abgaben des § 23 für Lieferungen auf Grund von Verträgen, die vor dem 17. Dezember 1909 abgeschlossen sind, soweit zu ermäßigen, doch die Preise für die nach dem 1. Mai 1910 gelieferten Mengen einschließlich der Abgabe nicht höher werden, als die bis zum 30. Juni 1909 in Geltung gewesenen Preise.“

Damit war die glatte Abwicklung der vor Inkrafttreten des Gesetzes getätigten Lieferverträge ermöglicht und dieser Stein des Anstoßes beseitigt.

Aber in den Schmidtmann-Verträgen befindet sich noch folgender Passus:

„Der Käufer soll bis 2. Juli 1910 die Option haben, die Verlängerung dieses Vertrages nach Ablauf desselben auf einen weiteren Zeitraum von 5 Jahren zu verlangen und zwar in jeder Beziehung zu den gleichen Bedingungen mit Ausnahme der Preise, für welche die nachfolgenden Preise in Kraft treten: . . .“

Nun folgen die Preise, die sich erheblich höher stellen als die des Grundvertrages. Um diese Optionsverträge handelt es sich jetzt! Denn in voller Kenntnis der Sachlage haben die Vertreter des amerikanischen Düngetrusts — nach Inkrafttreten des Kaligesezes! — die Option ausgeübt, d. h. sie haben die Verlängerung der Verträge, trotz der Ueberkontingentsabgabe, selber gewünscht!

Die amerikanischen Trustleute haben genau gewußt, daß dem Bundesrat die Ermäßigung der gesetzlichen Abgaben nur für die vor dem 17. Dezember 1909 definitiv abgeschlossenen Lieferungen gestattet ist. Trotzdem haben sie die Vertragsverlängerung gewünscht. Daß die Berufung der Reichsregierung auf das den Trustleuten vor der rechtsverbindlichen Unterzeichnung der bis dahin nur provisorischen Verträge bekannte Gesetz eine „Herausforderung der Amerikaner“ sei, kann also nicht behauptet werden. Das Gesetz nimmt auch nicht etwa andere als die amerikanischen Lieferungen von der Ueberkontingentsabgabe aus; es behandelt in dieser Beziehung alle In- und Ausländer gleichmäßig. Auch deshalb kann von einer „Herausforderung der Amerikaner“ keine Rede sein. Die Trustleute hätten ja die provisorischen Verträge nicht zu unterzeichnen brauchen. Und sie selber haben mit der Abgabe gerechnet schon bei den Verträgen von 1909-1911.

Wollte man auch nur einigermaßen Ordnung in die Kaliindustrie bringen, dann mußte man zur Regelung der Produktion schreiben. Das ist gechehen — meines Erachtens nicht einmal genügend — durch die Kontingentierung der Erzeugung. Im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion erklärte Albert am 10. Mai 1910 im Reichstag, daß sich die Sozialdemokraten nachdem ihre weitergehenden Vorschläge abgelehnt worden seien, „für die Kontingentierung“ erklärten:

„Zunächst mußten wir selbstverständlich auch den § 23 annehmen, wo es sich um die Abgabe für das Ueberkontingent handelt.“

So ist es. Wenn einer unserer Prinzipalanträge angenommen worden wäre, hätten wir auch eine Kontingentierung der Erzeugung beschließen müssen und ständen damit vor einer ähnlichen Entscheidung, wie jetzt die Reichsregierung. Wenn sie den provisorischen anders als den vor Inkrafttreten des Gesetzes definitiv abgeschlossenen Verträgen gegenüber steht, so befindet sie sich auf dem mit unserer Zustimmung geschaffenen Rechtsboden.

Ich bin aber auch der Meinung, daß man schon deshalb von keiner „Herausforderung der Amerikaner“ reden kann, weil das amerikanische Volk kein Interesse an einer Begünstigung der Düngetrusts haben kann! Tatsächlich müssen die amerikanischen Farmer für das ihnen von den Trusts gelieferte Kali weit mehr bezahlen als den sonst üblichen Preis. Die Trusts mühen nämlich nur wenige Prozent Kali mit amerikanischem Superphosphat und verkaufen dieses Magma trotz ihres billigen Kalibezuges sehr teuer! Die Farmer würden sich bei Abschlüssen mit nichtvertrautesten Kalilieferanten besser sehen. Den Profit von einer Abgabenermäßigung hätten also nur die amerikanischen Exportmagnaten! Dieselben Magnaten sind aber auch die Einbrecher für die rigorose amerikanische Hochzuckerzölneret, die sich nicht zuletzt gegen Deutschland richtet. Nicht das amerikanische Volk wird betroffen von unserem Kaligesez, sondern nur eine kleine Gruppe von Spekulant. Es würde sich lohnen, wenn die amerikanische sozialdemokratische Parteipresse diesen Sachverhalt dem Volk unterbreite, damit es sieht, wie auch in der Kaliangelegenheit das Spekulantentum vorgibt die „nationalen Interessen“ zu wahren, während es sich nur um die Bereicherung einiger kapitalistischer Trustmagnaten handelt. Diese haben gewußt, daß das Reichskaligesez ihnen keine Sonderbegünstigung für die provisorischen Verträge eingeräumt hat. Das ist wohl gechehen für die definitiven Verträge. Ich bezweifle durchaus, daß die amerikanischen Trustfürsten, wenn ihre Geschäftsführer im Parlament sich in einer gleichen Situation wie die deutschen Gesetzgeber bei der Schaffung des Kaligesezes befanden, sich so entgegenkommend gegenüber dem Auslande gezeigt hätten wie das im Deutschen Reichstag gechehen ist. Wenn wirklich die „Kalifrage“ zu handelspolitischen Verschärfungen zwischen Deutschland und Amerika führen sollte, so trägt die Schuld nur die Volkswirtschaft und Spekulantentum des großen Wassers. Nicht uns.

Otto Hue-

Festreden.

Preussische Regierungsvertreter sitzen sozusagen ständig auf den Füßen, um bei den verschiedensten Feierlichkeiten ihre obligaten Festreden an den Mann zu bringen. Ob gewünscht oder ungewünscht, kann ununtersucht bleiben, ein großer Teil des Konnos regierungsbürokratischer Repräsentationspflichten und Festreden entfällt unter die Rubrik Berg- und Güttenwesen. Alle Nasenlang blicken wir hier auf eine Feier oder, besser gesagt, eine Feier sagt die andere. So haben in den letzten paar Monaten eine ganze Anzahl „bergmännischer“ Feierlichkeiten stattgefunden, so der „Vermögens“tag im Kronungsaal zu Wachen die Einweihung des Knappschaftsgebäudes in Bochum, die Einweihung des Oberbergamtsgebäudes in Dortmund, die Einweihung des Knappschaftsazaretts in Rudahanmer in Oberschlesien, das 50jährige Jubiläum der königlichen Bergakademie in Berlin usw.

Und unvorstellbar! Während die Regierung bei wichtigen Arbeiter- und freigewerkschaftlichen Veranstaltungen und Kongressen immer eine Beschickung dieser Veranstaltungen mit der Begründung ablehnt, antilich so die in der Arbeit zu sitzen, daß kein Vertreter abkömmlich sei, treffen die Regierungsvertreter und Regierungsbeamten auf den oben genannten und ähnlichen Feierlichkeiten gleich rudelweise mit den Berg- und Güttenherren zusammen. In allen Schattierungen machen sie sich bei solchen Gelegenheiten bemerkbar, die Minister und sonstige Exzellenzen, die Berghauptleute, Oberberg- und Bergräte, Wirkliche und gewöhnliche Geheim- und Regierungsräte und dann mit ihnen die Herren von der Ministerstürzertkonferenz nebst Gefolge!

Wie es auf solchen Festen zugeht, das erfahren wir ja durch die Presseberichte. Es wird viel Wein getrunken und viel gegessen, Orden und Titel werden verliehen, allerhand Auszeichnungen vorgenommen. Und dann wird gewöhnlich wieder gegessen und getrunken. Aber was solchen Veranstaltungen noch besonderen Reiz gibt, das sind die Toaste und Festreden. Sie alle, die wohlgeborenen und hochwohlgeborenen Herren, die an diesen Festen teilnehmen, haben ihre Verdienste und warum sollten sie nicht daran gehen, diese immer wieder hervorzuheben. Sie könnten bis zum nächsten Festtag sehr leicht verblässen. Also toastiert man!

Die Festreden sind auf breiterer Grundlage als die Toaste aufgebaut, da werden nicht nur die Reberenzen dar- und angebracht, da hören wir oft etwas wie programmatikische Bekenntnisse, die auch weitere Kreise als die der Festteilnehmer interessieren, weil sie diese allein nicht angehen. Solche programmatikische Bekenntnisse sind bei den oben angezogenen Feierlichkeiten mehrfach gehalten worden. Und da interessiert uns zunächst die Rede, die der Handelsminister v. Sydow am 29. Oktober bei der Einweihung des neuen Gebäudes des dortmunder Oberbergamts gehalten hat. Der Herr Minister war nebst zahlreicher Suite erschienen. In seiner Rede wies er auf die Bedeutung des Bergbaues im Ruhrbecken hin und auf seine Entwicklung. Wenn diese eine so glänzende sei, dann sei die Veranlassung hierzu die Initiative und die Energie der Leiter der großen Werke, die Umsicht und die Gewissenhaftigkeit ihrer Betriebsführer und Angestellten sowie der Fleiß der Bergleute! Und dann führte der Minister weiter aus:

„Es geziemt sich aber wohl, auch den Blick auf die Zukunft zu lenken und da ist der Horizont nicht ganz frei von Wolken, wie es bei dem hohen Stande des Erreichens erscheinen könnte, weber für das Oberbergamt, noch für den Bergbau in diesem Bezirk. Ein Punkt ist es hauptsächlich, der den Wohlmeinenden mit erster Sorge erfüllen dürfte, und das ist die Arbeiterfrage. Je mehr die staatliche Gesetzgebung, je mehr die freiwillige Fürsorge des Bergbaues zum Wohle der Bergarbeiter gelang hat, um so weiter schreiten wir uns von dem Ziele eines geordneten Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern, einem vertrauensvollen Zusammenarbeiten dieser beiden Teile zu entfernen. Muß es nicht bestreben, so sehen, wie die Wahlen zur Knappschaft ausschließlich von politischen Gesichtspunkten beherrscht wurden oder wie für die Wahlen

der Sicherheitsmänner nicht vor allem die Sachkenntnis und Erfahrung der Gewählten, sondern das Maß seines politischen Radikalismus entscheidend waren und so die besten Wichtigen Gefahr laufen, in der Wirkung in ihr Gegenteil zu verfallen? Dem Oberbergamt werden hier noch schwieriger Aufgaben erwachsen. Aber es wird und ich hoffe, der Bergbau wird das selbe tun — unbehindert seinen Weg geradeaus gehen. Was auf dem Wege sozialer Fürsorge geschieht, das tun wir um des Gewissens willen, weil und soweit wir es für unsere Christenpflicht halten. Aber auf der anderen Seite müssen wir auch darauf achten, daß der Bergbau selbst darüber nicht zugrunde geht. Dahin gehört auch, daß diejenigen, welche die Verantwortung für den Betrieb tragen, in den Grenzen ihrer Betriebsführung das Best nicht aus der Hand verlieren“

Also die Arbeiterfrage macht dem Herrn Minister schwere Herabkemmungen. Die Arbeiter sind sehr undankbar für das, was für sie auf gesetzlichem Wege geschieht und was die Arbeitgeber freiwillig für die Arbeiter hergeben. Statt sich dankbar zu erweisen, will ein geberliches Zusammenwirken zwischen Arbeitgeber und Arbeiter durch Schuld der letzteren sich nicht verwirklichen! Wie welt fremd doch so ein preussischer Minister ist! Wo steht das geschrieben, daß die Arbeiter dankbar zu sein haben, wenn sie und ihre Angehörigen erhalten werden, nachdem sie der Industrie Leben und Gesundheit zu Markte getragen haben? Wer den Profit hat, der hat das Risiko der Erhaltung der Kräfte der Industrie doch mit auf sich zu nehmen. So meinen wir, abgesehen davon, daß die Fürsorge getragen wird in erster Linie von den Arbeitern selbst. Wenn das der Minister nicht weiß, soll er sich Beobachters Worte erinnern vom vorweg abgezogenen Arbeiterlohn, mit dem man die Lasten der Arbeiterversicherung deckt. Unter der Aera dieser sozialen Lasten hat die Industrie stellen reich und reicher geworden, also hat die Fürsorge für die Arbeiter den Berg- und Güttenkapitalisten nichts geschadet. Wenn von Dankbarkeit die Rede sein soll, dann hat sie mindestens auf Gegenseitigkeit zu beruhen. Die Arbeiter opfern ihre Arbeitskraft, geben Gesundheit und Leben hin, im Bergbau mehr wie wo anders, und schaffen so gewaltige Reichtümer, daß die Fürsorge für verkrüppelte Arbeiter bei weitem nicht damit Schritt hält. Die Gegenleistung für die Opfer, die die Arbeiter bringen, ist sehr schmal.

Wenn der Minister seinem Ziele näher kommen will, soweit er es sich gesteckt hat in bezug auf ein geberliches Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern, dann soll er mit seinen Festreden in erster Linie und zunächst an die Adresse der rheinisch-westfälischen Bergwerkskapitalisten wenden. Die Bergarbeiter brauchen die ministeriellen Ermahnungen nicht! Sie haben schon lange, bevor Herr v. Sydow Minister wurde, verlangt, daß man sie als Menschen und Arbeiter seitens der Bergwerksbesitzer so achte, wie es Arbeiter verlangen können. Solche Forderungen aber stehen bei den Bergwerksherrn bisher auf Höhe und Spott. Willkürlich will das Herrenmenschen sein Szepter über das gewalttätige Arbeiterheer schwingen, ohne Rücksicht darauf, daß die Mißachtung zu ungeheurem Elend und zu Klagen führen müsse. Christenpflicht heißt Menschen achten lernen, das haben unsere Bergbauproben nicht gelernt.

Nicht über Vertragsbürger, sondern über Industrie-Flaven will man herrschen. Wo sollen bei solcher Mißachtung der Arbeiter die geberlichen Verhältnisse herkommen?

Wenn der Minister wirklich nicht die Ursache der fortgesetzten Erbitterung der Bergarbeiter? Wenn nicht, dann soll er schweigen über Sachen, die er nicht versteht und zu dirablichten vermag. Und den Bergarbeitern liegt es nicht, daß wir in Ruhrbergbau der so zugespitzten Kampfs zwischen Unternehmern und Arbeitern haben.

Den Minister befremdete es, daß der Knappschaftswahlkampf ausschließlich von politischen Gesichtspunkten beherrscht wurde. Ja, Herr Minister, haben Sie sich auch nur ein wenig Mühe gegeben, so erforderlich, wer im Knappschaftswahlkampf die politischen Gesichtspunkte in den Vordergrund gedrängt hat?

Der Bergarbeiterverband war es nicht! Das liegt allemähig fest. Wir haben uns gegen das feineren parteipolitischen Fragen in den Knappschaftswahlkampf genug gewehrt. Aber man wollte einzig und allein eine Vorwahl schlagen für die kommenden Reichstagswahlen! Und hierzu schickte die Bechenherren die von ihnen besetzten Parteisekretäre auf das Kampffeld, um in Gemeinschaft christlich-nationaler Arbeitersekretäre und zentralischer Parteiführer das bekannte Kompromiß anzubahnen, das die politische Vorwahl schlagen sollte. Also die politischen Gesichtspunkte sind hineingetragen worden von Leuten, die zu tügen der Herr Minister unterlassen hat!

Und erst die Wahlen der Sicherheitsmänner! Sie meint der Minister, daß nicht Sachkenntnis und Erfahrung die Wahlen der Sicherheitsmänner, sondern das Maß politischen Radikalismus! Wir unsererseits protestieren gegen solche Anwürfe. Sachkenntnis und Erfahrung setzt das Gesetz schon von den Sicherheitsmännern voraus und es sind die diesbezüglichen Bestimmungen getroffen worden, daß beiden Rechnung getragen wird. Nicht politische Momente sind unsererseits bei den Sicherheitsmännern zum Ausdruck gekommen, weil wir von jeder die Frage der Arbeiterkontrolle betrachtet haben von dem Gesichtspunkte, wie man am besten Leben und Gesundheit der Bergarbeiter schützt. Und da haben wir selbstverständlich darauf gesehen, daß unsere Gewählten auch Männer sind, die diesen Gesichtspunkt während ihrer Tätigkeit im Auge behalten. Wenn das politische Radikalismus ist, dann werden wir diesen Vortritt uns gern gefallen lassen. Der Minister haut stark daneben, wenn er glaubt, uns mit solchen Anwürfen treffen zu können. Auch hier weisen wir allemähig nach, daß es ganz andere Leute sind, die in der Frage der Sicherheit der Arbeiter das politische Moment in den Vordergrund gedrängt haben. Es sind das Leute gewesen, über deren Freibe Herr v. Sydow noch einmal stolpern kann, falls es ihm einfällt, unerschrocken das zu sagen, was zu sagen unserer Meinung nach nötig wäre. Freilich, solange er solche Reden wie in Dortmund hält, er sich zum Verteidiger der Einseitigkeiten — „das Best nicht aus der Hand verlieren“ — aufwirft, wie das auch die Gruben- und Güttenherren für gut halten, wird er nicht so leicht in der Versuchung verschwinden. Aber er weiß ja schließlich selbst, wann ihn die Fackel der Werkherren treffen kann. Wir haben es nicht nötig, ihm das hier näher zu erklären.

Der Minister hätte also sehr gut getan, die von uns gebrachten Stellen seiner Rede nicht zu berühren. Wollte er aber nicht anders, dann können wir von ihm erwarten, daß er den Vorkommnissen im Ruhrbecken nicht so weltremd gegenüber sieht, wie das aus seinen Reden hervorgeht. Und wir können ferner verlangen, daß er keine Angriffe nach dort richtet, wo man sich diese Angriffe in Wirklichkeit verdient hat. Mehr wollen wir nicht!

Bei der Einweihung des Knappschaftsazaretts in Rudahanmer am 29. Oktober ging es gleichfalls nicht ohne Festreden ab. In dieser Feier waren u. a. auch die Herrrn Berghauptmann Schmeißer aus Breslau und Regierungspräsident v. Schwerin aus Oppeln erschienen.

Herr Schmeißer erinnerte in seiner Rede an die weiter oben angeführten Worte des Ministers Sydow in Dortmund, besonders an die Stellen, die Bezug nehmen auf das „geberliche Zusammenarbeiten zwischen Unternehmer und Arbeiter“. Dann fügte er aus:

„Meine Herren! So schlimm wie im rheinisch-westfälischen Industriebezirk sieht es in dieser Richtung in Oberschlesien, Göt sei Dank, noch nicht; aber auch hier sind Parteiseite, sind namentlich Einnöthen, die von Wochum her aufgelegt werden, eifrig bemüht. Antriebskraft zu lösen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber... Mit tiefem Bedauern ersehe ich aus Versammlungsberichten und Versammlungsnachrichten über angebliche Unregelmäßigkeiten im Bergbau, mit welcher beispiellosen Geschäftigkeit und welchem großen Aufwand lägerischer Darstellungen Anträge zu erregen versucht wird.“

Bergarbeiter-Föderation Großbritanniens.

Bericht von R. Smilie und N. Ontons über die soziale und wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiterklasse im Jahre 1910.

Nachmittags führen wir von Zeitz nach zwei oder drei Bergarbeiter-Dörfern und besuchen eine Anzahl Arbeiter in ihren Wohnungen. Das erste Dorf war Rudanau, ein Ort von ungefähr 700 Einwohnern. Wir konnten gleich sehen, daß wir in eine Gegend gekommen waren, die von Weitzalen sehr verschieden war. Die Kinder liefen jaft alle barfuß. Wir erfuhren, daß sie bei kaltem Wetter Holzschuhe trugen. Das Dorf war gänzlich aller Kanalisation oder sanitären Einrichtungen entblößt. Das Wasser wurde von der Fehle beforagt. 52 Familien wohnten in Mietshäusern und jede Familie hatte drei ziemlich kleine Zimmer. Wir traten in drei Häuser ein. Die erste Wohnung bestand aus drei Zimmern, die ziemlich klein waren, nämlich einer Küche, einer Stube und einem Schlafzimmer. Die Stube wurde auch als Schlafzimmer benutzt, was eine Sitte ist, die wir allgemein in den Bergarbeiter-Dörfern Deutschlands vorfinden. Ein Mann mit Frau und vier Kindern wohnte hier. Der Mann, ein typischer Bergarbeiter, sagte uns, daß er jährlich 87 Mark Miete zahle. An direkten Steuern habe er im letzten Jahre Mark 13,80 bezahlt, was darauf hinwies, daß sein Lohn nicht viel mehr als 900 Mark im Jahr war. Die Familie besaß zwei Schweine.

Eine andere Wohnung, die wir betraten, beherbergte den Wäcker des Konsumvereins in diesem Distrikt. Dieser Mann hatte drei kleine Zimmer, die er mit seiner Frau und drei Kindern bewohnte. Seine Miete betrug 108 Mark jährlich und die direkten Steuern kamen auf 23 Mark. Auch hier wurde die Stube mit als Schlafzimmer benutzt.

Auf dem Wege nach einem anderen Dorfe kamen wir an einer alten bauwürdigen Scheune vorbei, die in Bergarbeiter-Wohnungen verwandelt worden war. Einer der Bergarbeiter lud uns zu sich ein. Seine Wohnung bestand aus drei kleinen Zimmern, in der er mit seiner Frau und fünf Kindern hauste. Die von ihm bezahlte Miete betrug 73 Mark jährlich, seine direkten Gemeindesteuern: 5 Mark; er hatte keine Einkommensteuer zu zahlen, wegen der Anlage seiner Grund. Es war ein einziges kleines hölzernes Anzeht für den Gebrauch von 20 Personen vorhanden.

Im Gespräch mit dem Bergarbeiter-Beamten erfuhren wir, daß die Fauer in diesem Gebiet gewöhnlich, nachdem sie das Alter von 35 oder 37 Jahren erreicht haben, nicht als Fauer weiter arbeiten können. Sie werden dann für leichtere Arbeit überlagte oder unterlagte beschäftigt. Diese frühzeitige Alterung sei der schlechten Ventilation in den Gruben zuzuschreiben. Im Jahre 1906 hätten die Bergarbeiter in diesem Gebiete neun Wochen lang gestreikt und das Resultat sei gewesen, daß sie eine 15 prozentige Aufbesserung der Löhne und eine Verkürzung der Arbeitszeit für Untertagsarbeiter auf neun Stunden erzielt hätten. Der Kamerad Weikart berichtete uns auch, daß die Organisation in dem Bergwerksgebiet um Zeitz einen sehr schweren Stand hätte, da die vielen Tage ohne die Arbeit gelernter Bergarbeiter nicht nötig hätten, jedoch es leicht sei, Arbeiter, die um bessere Arbeitsbedingungen kämpften, zu setzen.

Es gibt in dieser Nachbarschaft auch viele große Güter. Wir erfahren, daß die Landarbeiter ungefähr Mark 1,80 pro Tag

verdienen. Die Arbeitsverhältnisse auf diesen großen Gütern sind so elend, daß man keine deutschen Arbeiter finden kann, die die Arbeit verrichten und daß eine große Anzahl ausländischer Arbeiter, die in ihrer Heimat, Rußland oder Oesterreich, für kläglich niedrige Löhne arbeiten, zur Erntezeit und bei anderen dringenden Gelegenheiten importiert werden. Diese Arbeiter nennt man „Sachjengänger“, d. h. Leute, die nach Sachjen gehen.

Der Kamerad Weikart hatte auch die Güte, uns die letzten Jahresberichte der Konsumgenossenschaften dieses und der benachbarten Bergwerksdistrikte zukommen zu lassen. Einige dieser Berichte sind sehr interessant zu lesen. Wir möchten deshalb hier einige Auszüge geben.

Aus dem 35. Jahresbericht, vom 1. September 1908 bis zum 31. August 1909 des Konsum- und Produktiv-Vereins Altenburg, S.-A., e. G. m. b. H.

„Die Lebensmittelpreise haben im Berichtsjahr ihren hohen Stand nicht nur beibehalten, sondern sie sind teilweise sogar noch weiter nach oben gegangen. Nur wenige Artikel, welche jedoch für den Massenkonsum nicht in Betracht kommen, sind etwas niedriger geworden. Die Preise für Brotgetreide hatten eine Höhe erreicht, die als Hungernotniveau zu bezeichnen ist. Im Mai wurden für Weizen pro Tonne Mark 255,— gegen Mark 216,— im Vorjahre und Mark 171,— im Jahre 1905 notiert. Roggen stieg im Juni auf Mark 196,—. Bereits im vorjährigen Berichte haben wir auf die hauptsächlichsten Ursachen dieser Verteuerung des Brotgetreides hingewiesen. Durch das Einfuhrverbot wird die Ausfuhr von Getreide nach dem Auslande stark begünstigt und die Einfuhr durch hohe Zölle erschwert. Wenn man bedenkt, daß Deutschland nicht in der Lage ist, das für sich benötigte Getreide selbst zu bauen, dabei aber noch die Möglichkeit schafft, daß, wie z. B. in diesem Jahre, ca. 6 Millionen Doppelzentner Roggen auszuführen werden können, und ferner die Einfuhr um ca. 2½ Millionen Doppelzentner zurückblieb, so wird man diese hohen Preise begreiflich finden. Die deutschen Brotkonsumenten, das sind in der Hauptsache die arbeitenden Klassen, haben in der ganzen Welt die höchsten Brotpreise zu zahlen. Es muß den schärfsten Widerspruch hervorbringen, daß es heute möglich ist, daß deutscher Weizen für Mark 160,— nach dem Auslande verschleudert wird, um dann für den Preis von Mark 200,— (unverzollt) aus dem Auslande wieder eingeführt zu werden. Das mindeste, was der deutsche Brotkonsument zu fordern hat, ist die schleunigste Aufhebung des Einfuhrzollensystems. Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache: Bei solch unerhört hohen Preisen für unentbehrliche Lebensmittel ist sobald an eine wesentliche Wiederbelebung der gewerblichen Tätigkeit nicht zu denken. Alles, was der Arbeiter verdient, braucht er, um sich und den Seinen den Mund zu stopfen. Gewerbliche Gebrauchsartikel zu konsumieren, ist ihm unmöglich.“

Aus dem 21. Jahresbericht (Oktober 1908 bis September 1909) des Konsumvereins Neufelds (Minendistrikt in der Nähe von Zeitz); Mitgliederzahl 2.998.

Der Bericht gibt zuerst eine Beschreibung der schlechten Ernährungsverhältnisse in dem Bergwerksdistrikt, die der herrschenden wirtschaftlichen Krise zuzuschreiben sind und erklärt die bestehende anarchische Produktionsweise. Die schlechte Konjunktur sei teilweise für die geringe Kaufkraft der Mitglieder des Vereins verantwortlich gewesen. Der Bericht fährt dann fort: „Hand in Hand mit all den geschilderten widertartigen Er-

scheinungen unserer Wirtschaftsordnung ging eine fortwährende Steigerung der Preise fast aller für die Arbeiter notwendigen Bedarfsüter. Roggen- und Weizenpreise haben im Berichtsjahr eine Höhe erreicht, welche man bisher noch nicht kannte. Nach dem statistischen Jahrbuch für das deutsche Reich stellt sich das Endergebnis und der Getreidepreis von 1893 bis 1908 wie folgt zueinander:

Jahr	Roggen. Ernte pro Hektar der Bevölkerung	Preis pro Tonne	Weizen. Ernte pro Hektar der Bevölkerung	Preis pro Tonne
1893	176	123,4	67	146,5
1894	162	110,4	65	132,0
1895	148	116,2	61	142,1
1896	162	11,8	65	152,8
1897	152	119,5	61	165,1
1898	166	146,3	66	185,5
1899	157	146,0	69	155,3
1900	152	142,6	68	151,1
1901	143	140,7	44	163,6
1902	164	144,2	67	163,1
1903	160	132,3	66	161,1
1904	169	135,1	64	174,4
1905	159	151,9	64	174,8
1906	157	160,6	64	179,6
1907	157	193,2	56	206,3
1908	173	181,3	59	210,4
1909		197,0		270,0

Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß bis zum Jahre 1909 guten Ernten im nächsten Jahre niedrige Getreidepreise folgten. Eine Minderung erfolgte jedoch das Bild, nachdem 1907 der neue Zolltarif in Kraft getreten war. Bei gleichem Ernteergebnis erhöhte sich der Preis der Tonne (gleich 20 Zentner) um 33,— Mark. Durch Aufhebung des Identitätsnachweises für Getreide, welches nach dem Auslande ausgeführt und für welches der Eingangszoll zurückvergütet wird, ohne Rücksicht darauf, ob das auszuführende Getreide deutsches oder ausländisches Produkt ist, hat man eine bequeme Einrichtung geschaffen, mit deren Hilfe es möglich ist, die Getreidepreise in Deutschland künstlich hochzuhalten. Aber nicht nur Getreide und die daraus erzeugten Waren sind wesentlich teurer geworden. Eine mehr oder weniger bedeutende Preiserhöhung haben erfahren Butter, Margarine, Schmalz, Fleisch- und Würstwaren, Zucker, Seife, Serringe, Kartoffelfabrikate, Hülsenfrüchte, Woll-, Baumwoll- und Lederwaren u. a. m. Hierzu kommen die in letzter Zeit in Kraft getretenen neuen indirekten Steuern *) auf Kaffee, Tee, Streichhölzer, Zigarren, Bier und Branntwein, dieselben machen nach den im letztverflohenen Jahre gemachten Umfragen für unsere Mitglieder pro Jahr rund 30.000 Mark aus.“

*) Ein Teil dieser indirekten Steuern müßte amterlegt werden, weil der Ertrag in Deutschland die Preise der notwendigen Lebensmittel in einem solchen Grade erhöht hätte, daß die ungewohnte Armut der Staatsbeamten und Angehörten im deutschen Reich nicht mehr mit dem alten Gehalte auskommen könnte. In daß der Staat endlich eingewunden war, den beständigen Forderungen seiner Angehörten auf eine beträchtliche Gehaltssteigerung nachzugeben.

**) Um es den Lesern zu ermöglichen, die Weizenpreise im europäischen Deutschland und dem schwebendlichen Großbritannien zu vergleichen, geben wir hier die Preise des La-Plata-Weizens in Liverpool vom Juni bis zum September während der letzten paar Jahre. In Liverpool waren die Weizenpreise pro Tonne: 129,1 Mt. in 1901, 129,3 Mt. in 1903, 132,1 Mt. in 1904, 124,8 Mt. in 1905, 138 Mt. in 1906, 160 Mt. in 1907 und 176 Mt. in 1908.

Wohlwühlende Ausdrücke fand der Regierungspräsident v. Schweinin bei dem Essen in seiner Festrede. Dieser Herr betonte, daß der oberbergsche Knappschaftsverein im Jahre 1909 rund 11 1/2 Millionen Mark für seine Schutzbefohlenen ausgegeben hatte.

Herr Schweinin hat im einzelnen recht. In Oberschlesien ist es anders als in Rheinland-Westfalen. Im Osten blüht noch die Ausbeutung der Bergarbeiter in Reinkultur, da spielt man noch schlimmer mit den Arbeitern sich in Oberschlesien ist man noch nicht so weit, sich der drückenden Maßnahmen der Williger, Uthemann, Hilger usw. durch die Organisation erwehren zu können.

Was die Bochumer veröffentlichten, ist nichts weiter als was die oberbergschen Vergleute durchleben. Sie, diese Arbeiter, sind uns darum Autorität in der Beurteilung von Grubenverhältnissen und gleichzeitig Autorität in der Beurteilung der Verhältnisse und Vorkäufen, die über oberbergsche Verhältnisse erscheinen.

Der Regierungspräsident hat in seiner Rede die Arbeiter dankbarkeit gefeiert. Wir haben uns weiter oben schon ausgesprochen, wann die Herrschaften Anspruch machen können auf Arbeiterdankbarkeit!

Das die Herren appellieren nicht ganz vergebens an die Dankbarkeit. Es gibt auch unter den Arbeitern noch Leute, an denen selbst die höchsten Regierungsbeamten nichts anzufangen haben, die ganz erfüllt sind von dem Gedanken, mit der Dankbarkeit an der richtigen Stelle nicht zurückzuhalten.

„Hochgeachtete Herren! Als ordentliches Vorstandsmitglied und gefeierter Vertreter der Knappschaftsmitglieder will ich bei der heutigen festlichen Gelegenheit die Gefühle und die Wünsche der Knappschaftsmitglieder zum Ausdruck bringen.

In seiner weiteren Rede aber schon mußte Herr Theimert zugeben, daß die Pensionisten des oberbergschen Knappschaftsvereins nicht den Verhältnissen entsprechend geregelt ist.

Sowohl, 11 1/2 Millionen Mark Unterhilfungen sind eine ganz hübsche Summe, was sie aber für die einzelnen Bedürftigen und Unterstützungsberechtigten ausmachen, hat man nicht gesagt! So beträgt die tägliche Pension eines oberbergschen Invaliden im Durchschnitt 72 Pfg., die der Witwen 30 Pfg. und die der Frauen 12 1/2 Pfg.!

Der glänzende Knappschafts-Wahltag der niederbergschen Kameraden

Die beiden Kammern des bayerischen Landtages und die Regierung haben sich in der letzten Landtagssession nach langwierigen Beratungen über eine teilweise Veränderung und Ergänzung des bayerischen Berggesetzes vom Jahre 1900 geeinigt.

Man wird auch in dem neuen Gesetz vergeblich nach einer Festlegung der achtstündigen Schichtzeit suchen. Die sozialdemokratische Fraktion der bayerischen Abgeordnetenkammer hat zwar bereits

Dieses glänzende Resultat weiß der Strategie der Schwarzen sogar noch zu einem „Erfolg“ für die Schwarzen umzufälschen. Er behauptet schamlos: „Die Sozialdemokraten haben, da sie früher schon 88 Mandate besetzt hatten, 4 gewonnen.“

Wir haben annähernd 80 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten und dieser Erfolg läßt sich auch durch keine schwarzkünstlerischen Auslegungen hinwegzumatieren. Wenn man nun von den gegenüberlichen 8400 Stimmen die 1000 Grubenbeamten, die nicht allein wählen, sondern die auch agitatorisch und organisatorisch für das schwarz-gelbe Bündnis tätig sein mußten, von den Stimmen der Reichstreuen: d. h. Sacharbeiter abzieht, so bleiben knapp 2400 Arbeiterstimmen, in die sich die gelbe und die schwarze Streubrecherorganisation so eheilig, wie sie nur können, teilen müssen.

Mit dem Erfolg sind wir überaus zufrieden; er übertrifft die kühnsten Erwartungen besonders derer, die den Viersenkel und die unermüdete Aufklärungsarbeit unserer niederbergschen Kameraden nicht genauer beurteilen konnten. Bisher war man über das Stärkeverhältnis der Reichstreuen und der Sacharbeiter in Niederschlesien ganz im Unklaren.

Die Wahl hat nun endlich die bisher vorläufig verschleierte Ohnmacht der Gelben und der Schwarzen aller Welt offenbart, und manchem Kameraden, der sonst immer das resignierte Wort auf den Lippen führte: „Es nützt ja doch nichts, verschont mich doch mit der Agitationsarbeit“, dem fällt jetzt ein Stein vom Herzen!

Der Kardinal Kopp kann jetzt einmal Betrachtungen anstellen über den verheerenden Osten. Gerade im niederbergschen Kohlenrevier befindet sich der älteste und ausgebaute Agitationsherd der Berliner Richtung der katholischen Arbeitervereine.

Die Waldenburger Knappschaftswahl ist daher mehr als ein lokaler Erfolg des Bergarbeiterverbandes; sie ist auch mehr als ein Renetikel an die Adresse der Grubenherren; sie ist der Zusammenbruch der Herrschaft der Arbeiterpolitik und sie ist der Stillschluß der gelben Streubrecherleitung.

Die neue Fassung des bayerischen Berggesetzes und die Bergarbeiter.

Die beiden Kammern des bayerischen Landtages und die Regierung haben sich in der letzten Landtagssession nach langwierigen Beratungen über eine teilweise Veränderung und Ergänzung des bayerischen Berggesetzes vom Jahre 1900 geeinigt.

am 28. September 1907 einen 10 Punkte umfassenden Antrag zur Veränderung des Berggesetzes eingebracht. Die erste Forderung dieses Antrages lautete:

„Einführung einer gesetzlichen Schichtzeit, die bei normalen Verhältnissen . . . nicht über 8 Stunden betragen darf.

Die Abgeordnetenkammer hat denn auch eine Bestimmung in das Gesetz aufgenommen, wonach die Arbeitszeit unter Tage in der Regel acht Stunden für den Tag nicht übersteigen darf.

Bei dieser Gelegenheit soll übrigens nicht verschwiegen werden, daß auch in der Abgeordnetenkammer durchaus nicht alle Mitglieder für die gesetzliche Festlegung des achtstündigen Maximalarbeitstages gestimmt haben.

Die Gedächtnisfeier.

Der Artikel 84 Abs. 1 des alten Gesetzes (neues Gesetz Artikel 80) enthält folgende Fassung:

„Sofern der Lohn sich nach Gebirg bemessen soll, ist das Gebirg in der Regel vor Ort und spätestens 10 Tage nach Aufhebung des Ortes (Uebernahme der Arbeit) anzufahren.

Der Fortschritt gegenüber dem alten Gesetz besteht darin, daß das Gebirg in der Regel vor Ort abgefahren werden muß. Ferner liegt darin eine Verbesserung, daß in den Fällen, wo die vorgesehene Fahrt nicht eingehalten ist, dem betreffenden Arbeiter der durchschnittliche Tagesverdienst gleichartig Arbeiter zu gewähren ist.

Einführung des Instituts der Vertrauensmänner.

In Bergwerksbetrieben, in denen in der Regel mindestens 50 Arbeiter beschäftigt werden, wählen die Arbeiterauschüsse aus ihrer Mitte Vertrauensmänner in geheimer Wahl. Das Mandat dieser Vertrauensmänner dauert mindestens ein Jahr. Streitigkeiten über die Wahl entscheidet die Berginspektion, gegen deren Entschcheidung binnen vier Wochen Beschwerde zum Oberbergamt zulässig ist.

Vor Ablauf seiner Wahlperiode kann einem Vertrauensmann das Arbeitsverhältnis durch den Betriebsführer nur gekündigt werden: 1. wenn er seinen Verpflichtungen als Vertrauensmann nicht nachkommt, 2. wenn sonst Ursachen vorliegen, die ihn als nicht geeignet zur Fortführung seiner Tätigkeit als Vertrauensmann erweisen lassen.

zu unterstehen und ihre Vermittlung einstreuen zu lassen. Ein Vertrauensmann, der seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, kann vom Oberbergamt nach Anhörung der Beteiligten entlassen werden.

Das Recht, die Vertrauensmänner zu wählen, steht also den Arbeitgebern zu. Der Vertrauensmann selbst muß bereits Mitglied des Arbeitervereins sein. Der Vertrauensmann, der dem Arbeitgeber und zwar nach Maßgabe seines regelmäßigen Arbeitsverdienstes, zu entzählen. Dagegen ist die Entschädigung von den unterirdisch beschäftigten Arbeitern zu zahlen, wenn er Befahrungen im besonderen Auftrage des Arbeitervereins vorzunehmen hat.

Die wirtschaftliche Lage der holländischen Bergarbeiter.

Vor einigen Wochen sagte der Vorsitzende des Amburgischen römisch-katholischen Propagandaklubs u. a.: „Die materiellen Interessen der Bevölkerung von Geerlen werden immer besser.“ Diese Behauptung geht, daß die Agitatoren der römisch-katholischen Gewerkschaften nicht wissen, wie die materielle Lage der Arbeiter ausseht.

Es mag sein, daß die Händler, welche den Arbeitern ihre Waren zu teuer verkaufen, und die Grundbesitzer, welche beim herrschenden Wohnungsmangel sich zu viel Miete zahlen lassen, ihre materiellen Interessen beherrschten. Dies gilt auch für die Bergarbeiter, welche in der katholischen Amburgischen Bevölkerung ein williges Ausbeutungssubjekt finden, aber für die Bergarbeiter gibt es überhaupt nicht. Die holländischen Bergarbeiter gehen in materieller Hinsicht zurück. Um dem Kampf für mehr Vergütung entgegen zu stehen, suchen die römisch-katholischen Agitatoren den Arbeitern glauben zu machen, daß ihre wirtschaftliche Lage immer besser wird, was überhaupt eine Unmöglichkeit ist.

Der Reallohntrag, nach Abzug aller Kürzungen für Klassenbeiträge, Sprengmittel usw., betrug im Durchschnitt:

Table with 3 columns: Year (1906-1909), Amount in f., and Number of workers. Shows a general decline in real wages over the period.

Ein noch viel übleres Bild zeigen uns die vergleichenden Löhne der Untertagsarbeiter. Diese zeigen einen viel größeren Rückgang. Zum Vergleich nehmen wir den Reallohntrag der unterirdischen Arbeiter. Im Durchschnitt betrug er:

Table with 3 columns: Year (1906-1909), Amount in f., and pro Schicht. Shows a significant decrease in wages per shift.

Der Jahreslohn der Untertagsarbeiter betrug deshalb im Jahre 1909 45,53 f. weniger als im Jahre 1907, d. h. pro Schicht 0,21 f. Diese Zahlen geben uns noch kein vollkommenes Bild von dem materiellen Niedergang der holländischen Bergarbeiter; denn gegenüber dieses Lohnrückganges könnte stehen ein Sinken der Lebensmittelpreise und der Miete, wodurch die Arbeiter mit diesem geringen Lohn mehr kaufen könnten wie vorher mit einem höheren Lohn.

Und da sehen wir, daß gegenüber dem Sinken der Löhne, eine fastoffene Steigerung der Lebensmittelpreise steht. Das holländische römisch-katholische Tagesblatt „De Tyd“ schrieb vor wenigen Tagen, daß in (nur) fünf Jahren in Amsterdam das Leben 15 bis 20 Prozent teurer geworden ist.

Daß diese Steigerung schon längere Zeit bemerkbar ist und wie weit sich diese Preissteigerung ausbreitet, vor allem wie sie aber auf die Preise der allernötigsten Lebensmittel drückt, wird gezeigt in „Maandbericht van het Centraalbureau van de Statistiek“. In den Instanzen und Gefängnissen von 's Hertogenbosch, Goorn, Leerdam und Leiden zahlte man im Durchschnitt folgende Preise:

Table showing price increases for various goods like potatoes, bread, and meat from 1898-1902 to 1910.

Zählt man diese Prozente zusammen und teilt man die Summe durch 6, dann erhält man im Durchschnitt eine Preissteigerung von 23,3 Prozent.

Table showing price increases for goods like bread, soap, and other necessities from 1898-1902 to 1910.

Auch an den Ladenpreisen selbst ist diese Steigerung bemerkbar. Der Konsumverein „Eigen Gulp“ hatte folgende Preise. In Amsterdam zahlte man für:

Table showing prices for various goods like beans, butter, and flour in Amsterdam from 1901-1905 to 1910.

Im Durchschnitt betrug die Steigerung obengenannter Lebensmittel 22 Prozent.

Auch die Preise für Rindfleisch sind gestiegen von 0,60 f. auf 0,87 f.; von Schweinefleisch von 0,36 f. auf 0,48 f. pro Kilogramm. Das kann daher ruhig annehmen, daß die Preise in 6 bis 10 Jahren um 25 Prozent gestiegen sind.

Auch ist man nicht vergesslich, daß die Preissteigerung der Lebensmittel in den Grenzgebieten, wie im holländischen Kohlenrevier (welches von Geerlen angeschlossen), noch höher ist und da man viel Reisbrauch macht, einseitig mit der Unwissenheit, andererseits mit der Unmöglichkeit, besser bezahlter Einwanderer, ihre Einkäufe sofort zu bezahlen. Man kann also nicht sagen, daß die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter im Mittelpunkt des holländischen Kohlenreviers besser wird. Im Gegenteil, ihre wirtschaftliche Lage wird immer schlechter.

Die den holländischen Bergarbeitern steht die Sache ein wenig anders. Der Reallohntrag dieser Herren wird in jedem Jahre höher, und auf Kosten der Arbeiterlöhne.

Die Gesellschaft zur Exploitation der Amburgischen Kohlenreviere berechnete am 31. Dezember 1909:

Table showing production and costs for the Amburg coal mines in 1909.

so daß diese Gesellschaft auf jeden Arbeiter im Durchschnitt 822 f., d. h. 888 Mk. Reingewinn machte.

Ein ähnliches Bild zeigt uns die Bilanz der Gesellschaft „Laura en Vereeniging“, welche im Jahre 1909 an ihre Teilhaber 8 Prozent gab, gegen 6 Prozent im Jahre 1908.

Hieraus geht hervor, daß der Gewinn der holländischen Bergarbeitern im Steigen begriffen ist, während die Bergarbeiterlöhne kleiner werden.

Zu einem nicht geringen Teil ist dies in Holland, ebenso wie in Deutschland, dem Auftreten der christlichen Gewerkschaften zu verdanken. Als im November vorigen Jahres auf der Besche Oranje-Rassau I ein Lohnabzug stattfand, hat der holländische Bergarbeiterverband alles versucht, um den alten Lohn zu behalten. Der christliche Bergarbeiterverband hat damals nichts getan. Drei Monate lang hat der holländische Bergarbeiterverband versucht, diesem Lohnabzug vorzubeugen. Der christliche Bergarbeiterverband hat in beiden Fällen in jeder Hinsicht keinen Finger gerührt. Als den Arbeitern auf den „Staatsminen“ ein Entlohnung für eine Unterklasse angeboten wurde, wozu von den Arbeitern hohe Beiträge gefordert wurden, da hat der holländische Bergarbeiterverband versucht, die Beiträge geringer zu machen. Der christliche Bergarbeiterverband hat wiederum nichts getan.

Diese Organisation macht es sich zum Ziel, die Kraft der Arbeiter den Bergbesitzern gegenüber zu lähmen. Darum sollen die christlichen Arbeiter im Interesse ihrer materiellen Wohlfahrt einsehen, daß sie sich den freien Gewerkschaften anschließen müssen.

Wir konstatieren, daß es im Grunde der Sache Streit mit dem Wesen der Gewerkschaften, die nachste einzutreten, nicht ausschließlich nach dem Maße, welches sie ausüben, sondern auch nach ihrer politischen oder religiösen Gesinnung. Eine Gewerkschaft hat ein anderes Ziel und einen anderen Platz, wie die großen Arbeiterverbände. Sie stellt nicht einen Verband Gleichgestimmter dar, sondern eine wirtschaftliche Kraft. Ihre natürlichen Schranken werden daher nicht durch die Gesetzesrichtung, sondern durch den Betrieb, worin gearbeitet wird.

Sobald die Arbeiter dies einsehen, wird ihre wirtschaftliche Lage sich bessern können. Dann wird die Macht der Bergarbeiter wachsen können, so daß die Bergbesitzer mit den gerechten Arbeiterforderungen werden rechnen müssen.

Geerlen. J. S. Eijfers.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Jahresabläufe in der Eisenindustrie.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ bringt eine Zusammenstellung der Jahresabläufe von 17 großen Eisen- und Hüttenwerken, die etwa die Hälfte des in diesem Industriezweig Deutschlands angelegten Kapitals umfassen. Große Werke, wie Krupp, Thyssen, de Wendel, Stumm, Müchling u. a. sind unberücksichtigt in der Zusammenstellung geblieben, weil ihre Geschäftsberichte der breiten Öffentlichkeit weniger zugänglich sind oder auch gar nicht.

Die Abläufe der in der Zusammenstellung genannter Werke zeigen den Aufstieg in der Konjunktur. Produktion und Preise sind gestiegen ebenso die Gewinne. In kurzen Zeitabständen haben die Preise erhebliche Steigerungen erfahren. So kostete Kalzium am 30. Juni 1909: 82,50 Mk., heute 87,50 Mk., Stabeisen damals unter 100 Mk., heute 112 Mk.; Grobbleche etwa 105 Mk., heute 122 Mk.; Feinbleche damals 115 Mk., jetzt 138-140 Mk.; Wandeisen damals 127,50 Mk., jetzt 140 Mk. Auf Grund dieses höheren Preisniveaus ist es denn auch möglich geworden, daß die Rohgewinne der in unserer Tabelle erfassen Werke von 125,5 Millionen Mark auf 147,5 Millionen Mark, also um 22 Millionen gleich 17,5 Prozent gestiegen sind, während sie im vorigen Jahre etwa im gleichen Verhältnis zurückgegangen waren!

Die meisten der genannten Gesellschaften heuten Kohlen aus. Wenn diese Kohlenförderung auch nur eine geringere Steigerung aufweist als die Eisenproduktion, so bleibt der wirtschaftliche Aufstieg auch hier unverkennbar. Inzwischen ist ja die Lage noch besser geworden.

Large table showing production and financial data for various iron and steel works from 1907 to 1910.

Table showing financial data for various companies, including dividends and profits for 1909 and 1910.

Summary of numbers.

Table with 3 columns: Category, 1909/09, 1909/10, and Increase in %.

Table with 3 columns: Category, 1909/09, 1909/10, and Increase in %.

Table with 3 columns: Category, 1909/09, 1909/10, and Increase in %.

Es ist hohe Zeit, daß die Arbeiter aus solchen Zahlen für die nächste Zukunft ihre Schlüsse ziehen.

Knappschäftliches.

Vorstandsitzung des Allg. Knappschäftlichen Vereins Bochum vom 10. November 1910.

Einleitend kam der Vorsitzende, Herr Geheimrat Dr. Weidmann, auf den Knappschäftlichen Prozeß zu sprechen und hob hervor, daß Herr Direktor Köhne dabei in eine recht unangenehme Situation gekommen sei. Richtig ist nicht bekannt, daß der Minister die Zuziehung von Arbeitervertretern zu den Vergütungsarbeiten auf Knappschäftlich angeordnet habe. Nur durch die Zeitungen sei das bekannt geworden. Köhne und Weidmann suchten es so darzustellen, als wenn Döhler selbst die Schuld trage, daß er zu den Vergütungsarbeiten nicht weiter zugezogen worden sei, er hätte als Vorstandsmitglied die Sache im Vorstand zur Sprache bringen können. Das ist nach den Feststellungen im Knappschäftlichen Prozeß ein wirklich starkes Stück. Dort wurde einmündig festgestellt, daß Köhne in der Tat vor den Grubenbesitzern ins Maul geschloß, wie der Verteidiger Köhne sagte, getrocknet ist. Und um keinen Preis hätten wir vor Gericht Köhne eine Stelle einnehmen wollen. Döhler betonte dann auch, daß er sich an die Knappschäftliche Verwaltung, an das Bergamt und an das Oberbergamt gewandt habe. Man habe ihn aber von einer Stelle zur anderen verwiesen, alle diese Stellen wollten nicht zuständig sein. Unter diesen Umständen wäre es Pflicht der Verwaltung gewesen, die Angelegenheit dem Vorstande zur Beschlußfassung zu überweisen. Das ist nicht geschehen. Nach den einmündigen Feststellungen vor Gericht sollte sich Köhne doch hüten, anderen einen Vorwurf zu machen. Döhler hat alles getan, um seine Zulassung zu den Vergütungsarbeiten zu bewirken, die Bergbesitzer haben aber alles hintertrieben und Köhne ist ins Maul geschloß. In diesen vor Gericht gemachten Feststellungen heißt keine Maus einen Faden ab. Die Versuche, die Schuld auf Döhler abzuwälzen, sind also sehr wenig angebracht. Weidmann begreift auch, daß der Minister das Recht habe, Anordnungen, wie die befohlen, zu treffen. Das Oberbergamt soll aufgefördert werden, Klarheit in diese Angelegenheit zu schaffen. Auch soll der Minister ersucht werden, mitzutheilen, wie er seine Anordnung gemeint habe. — Als ob die Anordnung des Ministers, Arbeitervertreter zu den Vergütungsarbeiten zuzuziehen, auch nur irgendwie zu Zweifeln Anlaß geben könnte! D. R. v. W. — Es bleibt nun abzuwarten, ob der Minister den Bergbesitzern die Zähne zeigen oder vor ihnen ebenfalls ins Maul geschloß kriechen wird!

Auf eine schriftliche Anfrage, was die Verwaltung getan habe, um ihre Praxis mit der Entscheidung des Obergerichtes über das Ausschließen aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung in Einklang zu bringen, antwortete Direktor Köhne, daß eine Ausschließung des Allgemeinen Knappschäftlichen Verbandes am 17. November 1910 mit dieser Frage beschäftigt werde. Die Arbeitervertreter waren der Meinung, daß die Entscheidung des Obergerichtes maßgebend sein müßte und daß es einer Befragung der anderen Knappschäftlichen Vereine jedenfalls nicht bedürfe. Dann kamen zwei Briefe des Vizepräsidenten Jürgens zur Sprache. Der eine betraf einen Brief des Vizepräsidenten Jürgens, kamen, an die Verwaltung, welcher im Knappschäftlichen Kampf seitens des Gewerkschaftsvereins in einem Flugblatt veröffentlicht war. Die Verwaltung müßte zugeben, daß hier unkorrekt verfahren sei. Auch sei dem Vertrauensmann Becker (früher Gewerkschaftsleiter) aus Kamerun ein Verweis erteilt und im Wiederholungsfall die Entlassung in Aussicht gestellt. Auf die zweite schriftliche Anfrage, wie es komme, daß der Beschluß des Vorstandes in Sachen des Obergerichtes in Vergütungsarbeiten von bürgerlichen Zeitungen veröffentlicht sei, konnte oder wollte die Verwaltung keine Aufklärung geben. Unter Entscheidungen von Aufsichts- und Gerichtsbehörden wurde bekannt gegeben, daß der Verein in Sachen Bäumler vom Obergericht abgewiesen sei, er muß also an diesen die geforderten 70 000 Mark zahlen. Ebenso sei der Bergmann Stanlowitz vom Reichsversicherungsamt abgeschrieben. Et. war infolge der Behandlung auf Wurmkrankheit erkrankt und forderte die Unfallrente.

hand und für die vorhin genannten Organisationen Propaganda zu machen, was für die letzteren vom gewerkschaftlichen Standpunkt nur befallend sein kann.

Verbändler werden gemahregelt, aus der Arbeit geworfen, die „Kirche“ und „Christen“ protegiert und für die Zechenwerke und -Betriebe ausgenutzt. Erleben wir doch, wie der christlich-nationale Arbeiterausschuß zu Veröffentlichungen von Eingekandts in der Presse neuzugewandt wird, um Grubenmilitäre zu beschreiben und verkümmern zu lassen! Und was das schlimmste ist, der Arbeiterausschuß läßt sich dazu gebrauchen, macht der Öffentlichkeit nach weiß, als ob er aus freiem Ermessen gehandelt habe!

Was allem die Krone aber aufsetzt, ist, daß die Zentrumsorgane und die national-liberale Koalition Herr Bonader in dem Bestreben, seinen Arbeitern das Koalitionsrecht zu verkümmern, Hilfreich zur Seite springt, den Terrorismus gegen die Verbändler gütigst. Die Eingekandts und sonstige Veröffentlichungen dieser Sorte in der Presse sind Dokumente der Schande, sind ein Beweis dafür, wie in Wirklichkeit jede energische Arbeitervertretung von ihnen gesacht wird.

Wie haben schon früher mitgeteilt, welcher Art die Hilfe ist, die die Presse Herrn Bonader leistet. So wurde geschrieben, daß „Christen unflätigen Inhalts“ in der Kolonie der Zeche Königsgrube verbreitet wurden! Mit diesen Schreibern sind die Bergarbeiter-Ztg., das Bochumer Volksblatt und die Flugblätter des Bergarbeiterverbandes gemeint! Diese Schreibern sollen „jedem Sittlichkeitsgefühlohn sprechen“! Mein Wunder, daß die Werkleitung auf diese „elenden Frecheszeugnisse“ aufmerksam gemacht wurde. Es heißt dann weiter, daß „billigend anerkannt werden muß, daß die Direktion sofort eingriff und die Bewohner der Kolonienhäuser erufft auf die Gemeinheit der Pamphlete hinwies und die weitere Benutzung der Wohnung die Entzerrung dieser Mauerwerke zur Bedingung stellte! Dies scheint den Schmutzstinken arg in die Krone gefahren zu sein, denn Samstag sowohl wie Montag wurden Flugblätter an besagter Zeche verteilt, die in gemeinsamer Weise die Direktion der Zeche angriffen.“ So die Zentrumsorgane, die nach Toleranz für sich die Finger trumm schreiben und die nicht genug jammern können, wenn gegen sie und die Zentrumsverbände der Zechenterrorismus ausgeübt wird. Im übrigen paßt die dargelegte zentriale Herzensmeinung auf die zentriale Devise „Für Wahrheit, Freiheit und Recht“ wie die Faust aufs Auge. Die fromme Presse kann nur willigig atmen, wenn ihre mittelalterliche Scheiterhaufendunst in der Nase libelt. Somit würde sie sich schämen, den Zechenterroristen in solch unverschämter und infamer Weise gegen die für ihre Ueberzeugung und für berechtigte Forderungen kämpfenden Arbeiter heizuspringen. Psst! Psst!

Am gegen den Zechenterror und gegen die infamen Beschimpfungen der gesenzteneiten Zeitungen Stellung zu nehmen, hatte der Bergarbeiterverband für den Freitag eine Belegkassabersammlung einberufen. Der große Saalmanische Saal war volgepfropft von Menschen. Eine große Anzahl Beamten der Zeche Königsgrube war anwesend und was bemerkenswert ist, auch eine Sprengkolonne unter Führung des Förderaufsehers Gebauer und des christlichen Gewerkschafters Armbröst hatten sich eingefunden.

Kaum hatte der Einberufer die Versammlung eröffnet, als Herr Gebauer das Wort erbat und unter höchsterhehlicher Begrüßung und Hühnertrampels seiner Kohorte darlegte, daß der Arbeiterausschuß die Zeitung der Versammlung übernehmen sollte, während die Verbandsredner sich zu entfernen hätten. Dann fing Gebauer an, die Zeche reinzuwaschen. Ihm wurde aber bedeutet, das später zu tun und sich zunächst anständig zu verhalten. Das war aber zu viel von dem Herrn verlangt, der doch mit seiner Kolonne „seinen Aufbruch“ erfüllen, d. h. die Versammlung sprengen sollte. Der anwesende Polizeibeamte rannte spornstreichs nach der Saaltüre, jedenfalls um die draußen postierten drei Gensarmen zu holen. Inzwischen hatte Kamerad Köpfer den Vorsitz übernommen und den noch immer ständertierenden Herrn Gebauer unter Heiterkeit des größten Teils der Versammelten und unter Verblüffung der christlich-nationalen Sprengkolonne zur Saaltüre hinausgeschoben. Gebauer forderte seine Sprengkolonne auf, mit ihm den Saal zu verlassen, aber da war schon so viel Scham erwacht, daß der genannte Herr sich allein vor der Türe setzen mußte.

Das Referat hatte Kamerad Polorn übernommen, der in längerer Rede unter stürmischen Beifallsunterbrechungen die moralische Abschlagung der Sprengkolonne und des Systems Bonader vornahm. Als unter Kamerad der Kolonne am Schluß seiner Rede zurück, ob sie sich nicht vor ihren eigenen Kindern schämen, sich gegen deren Interessen und die Interessen ihrer Arbeitsbrüder zu verhalten, da drang manchem in Wirklichkeit vor Scham das Blut ins Gesicht! Wie Verbredner, gebudt und das Gesicht gerötet, hielten diese „Auerleischen“ während der Ausführungen da, nur einige Steiger und der national-liberale Vertrauensmann lachten hin und wieder anfänglich in ihrer Verlegenheit vor sich hin, bis auch ihnen schließlich das Scherz berging.

Polorn legte dar, welche Klagen über Königsgrube laut geworden sind und wie sich die Arbeiterpresse dazu verhalten habe. Wenn es wahr ist, daß die Arbeiterpresse unflätig und unflätig handle, wenn sie im Interesse der Bergarbeiter Grubenmilitäre zu beschreiben wünsche, dann werde diese „Unflätigkeit“ Pflicht für jeden ehrlich denkenden Menschen! Mit Recht habe das Verbandsflugblatt darauf hingewiesen, daß der Direktor Bonader sich weniger um die Verbandszugehörigkeit seiner Arbeiter, sondern um die Vereitigung der Werkstände auf seiner Zeche kümmeren folle. Diese machten sich sehr unliebsam bemerkbar und hätten zur Folge, daß der Belegkassawechsel, die Krankenziffer usw. sehr gesteigert werden.

So heißt es im Verbandsflugblatt:

„Die durchschnittliche Belegkassabestellung betrug auf Königsgrube in den letzten drei Jahren 1705 Mann. Der Zugang betrug durchschnittlich in dieser Zeit 1270 und der Abgang 1198 Mann. Diese Zahlen besagen, daß sich auf 100 Mann Belegkassa ein Gesamtwechsel von 11 1/2 Prozent auf Königsgrube in den letzten drei Jahren vollzog. Der Gesamtwechsel im Gelsenkirchener Bergrevier betrug 106 1/2 Prozent. Königsgrube steht also mit 38 Prozent über dem Durchschnittswert im Gelsenkirchener Bergrevier. Von einer jährlichen Belegkassabestellung kann also nicht geredet werden, wohl aber kann man Königsgrube als Taubenstich bezeichnen. Wäre es für Herrn Bonader nun nicht besser, sich um die Ursachen zu kümmern, die den starken Belegkassawechsel herbeiführen? Gewiß müßte sich Herr Bonader dadurch die Achtung der Belegkassa viel mehr erwerben, als wie wenn er in die Kolonie auf die Zeche nach Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes geht.“

So wie Königsgrube mit dem Belegkassawechsel über dem Durchschnitt liegt, so steht sie auch mit der Krankenziffer über dem Durchschnitt. So feierten auf Königsgrube im Jahre 1907 von 1663 Belegkassamitgliedern 1238 krank. Im Jahre 1908 waren es von 1765 Mann Belegkassa 1254, welche krank feierten, und 1909 von 1723 Mann Belegkassa 1160 krank feiernde. Auch mit diesen Zahlen steht Königsgrube weit über dem Durchschnitt im Gelsenkirchener Revier. Herr Direktor Bonader, wäre es nicht eine viel edlere Tat, die Ursachen zu ergründen, die zu dieser hohen Krankenziffer führen, und was Abhilfe schaffen?“

Das Flugblatt geht dann auf „über Schickel der Bergarbeiter-Zeitung“ ein und charakterisiert das Salzmeer. In der Zeit vom 1. März bis 31. August 1909 wurden 437 Mt. Steinen über die Arbeiter verhängt. Arbeiter werden vielfach sehr schäme behandelt. Durch Unterlassungshandeln der Zeche sei manchen Arbeitern an Lohnungen der Lohn geschahen worden. Ferner geht das Flugblatt auf die Scherzaktionen ein, denen gegenüber niedrige Gewinne hängen. Die Dividenden betragen 1906 und 1907 38 Prozent, 1908 36 Prozent und 1909 33 1/2 Prozent, trotz der Krise. Ferner wendet sich das Flugblatt gegen die Beschäftigung der Arbeiter in den Kolonien.

In doch Herr Bonader bis in das Schlafzimmer einer Wöchnerin eingedrungen, um gegen den Verband zu wüten!!!

Dann stellt das Flugblatt fest, daß Herr Bonader für die christlich-nationalen Verbände die Agitation betreibt, wie der Herr für diese Agitation die Steiger in den der Zeche benutzt, um auf ausländische Arbeiter einzuzwirken usw. Alles das sind Dinge, die wahr und kaum bezweifelenswert sind. Nicht nur gegen den Verband wüten die Herr Bonader, auch Bürger der Gemeinde fühlen, was es heißt, Herr Bonader nicht zu Dienen zu stehen. Der Herr Bonader behauptet, die Zuspielungen des Flugblatts und ging mit auf das Eingekandts des Arbeiterausschusses in der Presse näher ein. Das Flugblatt ist ein Dokument dafür, wozu sich Arbeiterverbredner im Dienste der Zeche gebrauchen lassen müssen. Das Flugblatt ist...

„Möhlingshausen, 12. Nov. 1910. Der Arbeiterausschuß der Zeche Königsgrube bittet um Aufnahme folgender Zuschrift: Acht drastisch kam die Agitationsweise des alten Verbandes durch ein hier verbreitetes Flugblatt zum Ausdruck. Darin wurden nicht nur die Zustände auf der Zeche Königsgrube aufs schärfste kritisiert, sondern auch der Leiter der Zeche, Herr Direktor Bonader, aufs grübste angegriffen. Nachdem der alte Verband sich mit aller Macht an den Sicherheitsmännern beteiligt und dadurch die Zweckmäßigkeit des Sicherheitsmännersystems sowie der Arbeiterausschüsse dokumentiert hatte, hätte man annehmen sollen, daß er beim die Belegkassamitglieder, welche dem alten Verbande angehören, sich nun doch auch stets in erster Linie an die rechtlichen Vertreter der Arbeiter, den Arbeiterausschuß wenden müßten. Dieses hohen die Verbändler jedoch nicht getan. Selbst von einem andern Agitationsmittel, nämlich einer Belegkassaversammlung, scheinen die Herren Genossen sich hier ebenfalls nicht verprochen zu haben. Und das wohl aus guten Gründen. Denn bei den Sicherheitsmännern erlitten die Verbändler auf Königsgrube sowie auch auf Pluto eine geradezu blamable Niederlage. Weiß nun also der Arbeiterausschuß auf Königsgrube aus Nichtsozialdemokraten besteht, bringt man nun wahre Klagen zu Papier und verbreitet dann solche Flugblätter in der Gemeinde. Der Arbeiterausschuß sowie auch viele national denkende Arbeiter der Zeche Königsgrube fühlen sich deshalb verstimmt, gegen dies Gebahren des alten Verbandes energisch Front zu machen. An einer am Mittwoch, den 9. d. M., abgehaltenen Sitzung des Arbeiterausschusses, welche dieser ohne Zuzugewandten Beamten beim Gastwirt Kreter anberaumt hatte, und zu welcher ebenfalls zahlreiche Belegkassamitglieder erschienen waren, wurden die in dem vom alten Verband verbreiteten Flugblatt aufgeführten Behauptungen einstimmig als grobe Verleumdungen und als völlig unwahrhaftig erklärt. So wird der Belegkassawechsel auf Königsgrube als sehr hoch, die Zeche in besagtem Flugblatt als ein Taubenstich bezeichnet. Weiter werden die Zustände in gesundheitlicher Beziehung als Kranheitsförderer genannt, die Zahl der Krankfeiern sei bedeutend höher als auf anderen Zechen. Auch über die Löhne wird in demselben Flugblatt sehr gesagt. Der beste Gegenbeweis ist das seitens der Zechenverwaltung dem Arbeiterausschuß vorgelegte statistische Material, welches auch bei nächster Gelegenheit dem Gericht vorgelegt wird. Darnach betrug der Durchschnittslohn auf Königsgrube 1908: 5,22 Mark, 1909: 4,82 Mark, 1910: 4,85 Mark. Der Durchschnittslohn auf 83 Zechen der Umgebung betrug in denselben Jahren 5,08 Mark, 4,71 und 4,72. Auf 100 Mann der Belegkassa feierten auf den anderen 25 Zechen 1908: 81, 1909: 85; die Statistik für 1910 fehlt bei den anderen Zechen. Auf Königsgrube feierten dagegen krank von 100 Mann 1908: 71, 1909: 67 und 1910: 40 Mann. Verleht wurden auf Königsgrube bei einer Belegkassa von durchschnittlich 1735 Mann, täglich 1908: 2, 1909: 2 und 1910: 1 Mann; schwerer verleht 1908: 19, 1909: 8, 1910: 8 Mann; leicht verleht, schwerer vier Wochen und darüber, 1908: 83, 1909: 32, 1910: 13 Mann oder auf je 100 Mann 1908: 5,8, 1909: 2,4, 1910: 1 Verlehter insgesamt. Ferner betrug der Belegkassawechsel auf Königsgrube 1908: 149 Prozent, 1909: 124 Prozent, dagegen auf 25 anderen Zechen durchschnittlich 1908: 177 und 1909: 157 Prozent. Die Strafen stellen von 5,87 im Jahre 1908 auf 5,06 Mark im Jahre 1909 und für 1910 beträgt der Durchschnittsatz der Strafen 4,05 Mark pro Kopf. Selbstverständlich fielen auch die Unterstellungen mit dem Sinken der Strafzahl. Das sind Zahlen, die jedenfalls der Verwaltung der Zeche Königsgrube zur Ehre gereichen und die auch in bezug auf die sonstigen Zustände den besten Gegenbeweis darstellen. Wenn es dann weiter in dem Flugblatt heißt: Die Strecken sind in einem schlechten Zustande, die Schienen kann man in den Bremsbergen kaum sehen, die Wagen fallen dazwischen, die Arbeit wird deshalb einem geradezu zur Last, ja muß jeder Bergmann über so alberne Behauptungen lachen (!!!). Ferner werden in dem Flugblatt die in der bereits schon vor zwei Jahren abgetroffenen Waisklaus gegebenenen Kleiderkosten einer Kritik unterzogen. Wenn der Unterzeiger des Flugblatts, Herr Köpfer, sich besser informiert hätte, dann hätte er wohl gewußt, daß in der alten Klaus deshalb Klatten statt Faseln vorhanden waren, weil dieses die Arbeiter selbst gewünscht hatten. Die Verwaltung war damals also nur den Wünschen der Arbeiter entgegengekommen. Uebrigens scheint es bei den Herren Genossen mit dem Zusammenhänge der Wirtschaft recht schlecht bestellt gewesen zu sein, weil sie Sachen vorbringen, wie von der alten Waisklaus, die schon seit zwei Jahren abgetroffen ist. Was die Kritikierung über die Nichtbefolgung der bezuglichen Vorschriften anbelangt, aber daß verschiedene Reviere total verlottert sein sollen, so wird darüber wohl die Bergbehörde in sachmännisches Urteil abzugeben Gelegenheit haben und zugleich hoffentlich beweisen, daß die Zustände auf Königsgrube eher besser als schlechter wie auf anderen Zechen sind. Ferner wird es von den Arbeitern eher als Vorteil, denn als Uebelstand empfunden, wenn auf Königsgrube auch Frauen den Lohn abgeben können. Dann wird weiter scharf kritisiert, daß Herr Direktor Bonader kein Freund vom alten Verband sei. Nach dem Auftreten des alten Verbandes den Zechenverwaltungen gegenüber zu urteilen, soll sich wohl kein Leiter einer Zeche im ganzen Zuggebiet finden, der mit dem alten Verband Freundschaft geschlossen hätte. Ebenso ist es ein erkundenes Märchen, daß Herr Direktor Bonader Kompromisse zwischen Christlichen und Kirch-Dungereichen geschmiebelt hatte. Wahr ist dagegen, daß Herr Direktor Bonader dem Arbeiterausschuß gleich in der ersten Sitzung erklärt hat, daß er nach Möglichkeit beabsichtigt sein wird, den Wünschen der Arbeiter entgegen zu kommen, und daß die Ausschussmitglieder auch ihrerseits bemüht sein sollen, das gute Einvernehmen zwischen Verwaltung und den Arbeitern zu pflegen. Den Unterhändlern scheinen die Sicherheitsmänner- und die Knappschäftsleute in Möhlingshausen doch auf den Verben zu liegen, daher sind auch die schmutzigen Flugblätter zu erklären. Jedenfalls wird die Agitationsweise des alten Verbandes dazu beitragen, daß alle christlichen und nationalen Arbeiter in Möhlingshausen bei jeder Gelegenheit feier denn je zusammen zu treten. Der Arbeiterausschuß der Zeche Königsgrube: Walbert Wickowiak, Paul Schm, Peter Bohn, Albert Buße, Wilhelm Schlotmann.“

So weit das Eingekandts. Die Ziffern, die unser Flugblatt veröffentlichte, finden ihre Bestätigung durch das Eingekandts. Sie sind ja derselben Quelle entnommen, wie das Werkmaterial. Nur hat man sich von den 165 Worten des Nr. 107 bedens eine Anzahl Zeilen herausgeholt, wo es noch schlimmer in dieser oder jener Frage wie auf Königsgrube stehen soll. Eine sonderbare Taktik, sich nicht zu verkleinern zu wollen! Wenn aber die Zahlen zur Ehre der Zeche Königsgrube gereichen sollen, dann hat man damit nur den Grundhakt aufgestellt: Je schlechter es mit den Verhältnissen und Arbeiterverhältnissen steht, um so mehr ehrt das die Zeche!!! Ein netter Arbeiterausschuß, der solch trübliche Zustände, wie sie sich in den Zahlen ausdrücken, noch beschönigen läßt. Das steht genau auf derselben Höhe als die Stelle, wo es heißt, daß die Vergleiche lachten über den Inhalt des Flugblatts, wo kritisiert wird, daß sie sich in den schlechten Strecken und Bremsbergen abquälen müßten. Als Sohn wird noch zugefügt, daß doch die Bergbehörde die Verantwortliche auf der Zeche besser kennen müße als die Arbeiter. Das alles wollen wir hier tiefer hängen, damit unsere Kameraden ersehen, wofür die Arbeiterausschüsse heute benutzt werden. Die herbe Kritik, die der Referent diesem Arbeiterausschuß zuteil werden ließ, war vollstättig verdient. Die Leute haben sich mit ihrem Eingekandts selbst beschimpft. Von den Unterhändlern sind zwei „Christliche“, zwei Kirch-Dungereicher und ein Pöbel!!! Man konnte also gespannt sein, was die Vertreter dieser Organisationen, die in der Versammlung anwesend waren, zu sagen hatten.

Als erster Diskussionsredner nahm der christliche Agitator am Erie Armbröst das Wort. Er erklärte, auf das Referat wie auf die Verhältnisse auf der Zeche Königsgrube nicht eingehen zu wollen!!! Er betraute die Versammlung als eine Agitationsversammlung für den Verband. An einer Stelle habe der Referent auch den Gewerkschein genannt. Dieser sei nötig, um die christliche Bekämpfung aufrecht zu erhalten.

Polorn forderte Armbröst auf, sich über das Eingekandts auszulassen, das sei besser, als nebenher zu tanzen. Er solle klipp und klar Antwort geben, ob er den Inhalt des Eingekandts gutheißt oder nicht. Die Versammelten rufen: Antwort, Antwort! Aber Armbröst tritt ab, ohne auch nur ein Wort zu dem Eingekandts zu sagen!

Köpfer konstatiert, daß Armbröst zu den Kandidaten für die Herr Bonader so warm eingetreten sei, darum halte Armbröst heute den Mund!

Als zweiter Diskussionsredner meldet sich der Beamte des Gewerkschein Brylla zum Wort. Er erklärte, sich weder für noch gegen die Zeche auszusprechen zu wollen (!), das sei im Referat eingehend geschehen. Er verurteile aber, daß als Einberufer dieser Versammlung auf dem Handzettel der Arbeiterausschuß genannt werde (Köpfer unterbricht Brylla und erklärt, daß sei aus Versehen in der Truderei geschehen; die Handzettel seien bis auf ein paar Exemplare nicht zur Verteilung gelangt, sondern anderswo, was die Versammlung bestätigen könne. Zustimmung). Brylla sagt, daß er genau wisse, wer der Veranlasser dieser Unterschriften auf dem Handzettel sei, es ist der vom Verband gewählte Sicherheitsmann auf Königsgrube. (Rufe: Denunziation, Gemeinheit!) Polorn zu Brylla: Wie kommen Sie als Arbeiterführer dazu, diese Denunziation zu begehren? Sie wollen wohl mitteilen, den Sicherheitsmann außer Arbeit und Brot zu bringen! Brylla: Das ist doch keine Denunziation, denn der Sicherheitsmann kann laut Gesetz doch nicht entlassen werden! (Rufe: Sie sind ja ein netter Kenner des Gesetzes! Heiterkeit und Lurche.) Brylla wird von Denunziation nur die Rede sein soll, dann habe ich nicht mehr getan, als was der Bezirksleiter Bartels vom Verbandsverbande getan hat, der mir aus der Arbeit geholt hat. (Rufe: Lügen Sie doch nicht!) Ja, es ist wahr (Selbstverständlich hat Brylla die Unwahrheit gesagt, Bartels teilt uns mit, daß er nicht weiß, warum Brylla entlassen worden sei). Bartels weist mit Entrüstung diese Behauptung Bryllas als völlig aus den Fingern gesogen zurück. Auf die Frage in der Versammlung, Brylla solle für seine lächerliche Behauptung Beweise herbeibringen, schämte sich dieser Arbeiterführer aus.) Brylla, fortsetzend: Wenn Köpfer behauptet, daß die Zeche den Gewerkschein S. D. unterstützt habe, so erkläre er ihn für einen gemeinen Lügner und Verleumder!!! Verleumden Sie mich, ich werde das beweisen! Der Gewerkschein habe mit dem Eingekandts nichts zu tun.

die Veröffentlichung des Eingekandts sei den Ausschussmitgliedern aufgezwungen worden, wogegen der Gewerkschein protestiere!!!

Köpfer habe schon einmal unter falscher Flagge in Gelsenkirchen eine Versammlung einberufen, ebenso sei er als Lügner vom dem christlichen Gewerkscheinmitglied Eisenmenger, Herne, genannt worden, ohne daß Köpfer diesen Mann verläßt habe. (Unruhe.)

Köpfer weist nun nach, wie das Kompromiß mit Hilfe der Zeche zustande gekommen ist. Wenn behauptet wird, der Gewerkschein sei an dem Kompromiß nicht beteiligt, so sei nur festzustellen, daß er hier in Sprengeln, wo er Mitglied habe, keine Kandidaten aufgestellt hat, dafür habe er die übrigen christlich-nationalen Kandidaten unterstützt, wofür den „Kirchen“ in dem ihnen zugeteilten Sprengel wieder die Unterstützung der Verbündeten zuteil wurde. Herr Bonader habe unter Weisung der Beamten für die Kirche ebenso eine Range gebrochen, wie für die übrigen. Wenn das unwahr ist, dann mögen die anwesenden Beamten behaupten, daß Herr Bonader diese Agitationsrede für die Kirche, die in dem Kompromiß eingezogen waren, nicht gehalten hat. Der Koloniewart hat ja noch die ausländischen Bergarbeiter zu dieser Versammlung in der Steigerkloche heranziehen müssen. Die Steiger rufen: Das war keine Versammlung! Köpfer: Kennen Sie es wie Sie wollen, also eine Besprechung um den Tisch, wo Sie gewiß oftmals genug abgefeilt werden. Zurufe der Beamten: Sie sind doch als Bergarbeiter auch abgefeilt worden! Köpfer: Wenn das noch nicht genügt, dann verweise ich auf den Artikel, den der hier im Saale anwesende national-liberale Agitator Bruud in der „Gelsenkirchener Allgemeinen Zeitung“ geschrieben hat. In Nr. 197 vom 24. August wird da Bericht erstattet über eine Versammlung des Nationalen Volksvereins, dessen Vorsitzender Bruud ist. Dort wird das Kompromiß ja offen zugegeben, Herr Brylla! Was gibt es da noch abzutreiben?

(In dem Bericht heißt es nämlich: Sodann wurden die demnächst stattfindenden Knappschäftsältestenwahlen erörtert. Der Vorsitzende erstattete Bericht über die Verhandlungen, welche zwischen den einzelnen Vereinen und Organisationen in dieser Sache gepflogen waren. Demnach ist hier (Möhlingshausen) zwischen den nationalen Gewerkschaften und Vereinen folgende Vereinbarung getroffen: Der christliche Gewerkschein stellt seine Kandidaten im Sprengel des jetzigen Veltstein Mejer, und zwar wieder Mejer und Armbröst auf, der Kirch-Dungereicher Gewerkschein stellt die Kandidaten im Sprengel Schwarz auf, und zwar sind es die Kameraden Bondermann und Schlapp. Der Sprengel des jetzigen Veltstein Fischer ist den evangelischen Arbeitervereinen überlassen und diese stellen hier die beiden ersten Vorsitzenden des evangelischen und des ostpreussischen evangelischen Arbeitervereins Fischer und Kaminski auf. Dies Kompromiß wurde einstimmig gutgeheißen und es wurde von allen Rednern betont, daß es nun Pflicht aller nationalen und christlichen, evangelischen wie katholischen Knappschäftsältester sei, für diese Kandidaten einzutreten!!!)

Dann stellt Köpfer fest, daß Brylla sich längst berechtigte Berichte der Presse zu eigen machte, um ihn, Köpfer, zu verächtigen. Daß in Gelsenkirchen unter falscher Flagge eine Verbandsversammlung stattgefunden habe, ist unwahr! Der Wort, der das behauptet habe, habe diese Behauptung in einem Eingekandts selbst als Notlage bezeichnet! Herr Eisenmenger habe ihn, Köpfer, Lügner geschrien, weil er behauptet habe, daß der Knappschäftsälteste Quack sich nicht als Oberältester gemeldet habe. Eisenmenger habe aber die Unwahrheit behauptet. Köpfer stellt fest, daß er aber schon damals geschrieben habe: Wenn Eisenmenger einen Lügner und Verleumder sehen wolle, dann solle er sich selbst vor den Spiegel stellen! Die Knappschäftsverwaltung hat dann selbst in der Sache bestätigt, daß Eisenmenger gelogen habe! Brylla werde er Gelegenheit geben, sein Verhalten vor Gericht zu rechtfertigen. Die Versammlung begleitete diese Ausführungen mit lebhaften Entrüstungsrufen gegen die Art und Weise, wie Brylla auftrat. Dann nahm das Wort Bruud, der sich gleichfalls mit dem Referat nicht beschäftigen will! Er lasse die Frage offen, ob auf Königsgrube alles so sei, wie behauptet werde. Dann erzählt Bruud, daß er gegen die Verbandsredner nicht aufkommen könne, ihm sei die Sprache nicht dazu gegeben. Er habe seinerzeit dem Verbands den Rücken gefehlt, weil die sozialdemokratischen Lehren ihn nicht begeistern konnten. Was dann der Redner weiter ausführte, war unverständliches Zeug, so daß die Versammlung ihn durch Schlußrufe zum Aufhören veranlaßten. Köpfer stellt fest, daß Bruud deshalb aus der Partei und dem Verbands ausgeschieden sei, weil man ihn nicht als sozialdemokratischen Kandidaten für die Gemeinderatswahl aufgestellt habe. (Große Heiterkeit!) Nachdem noch ein Verbändler über seine Maßregelung auf Königsgrube gesprochen, zieht Polorn in einem kurzen Schlußwort das Fazit der Versammlung. Die Sprengkolonne müße heute leiber auf eventuelles Freibier verzichten, dahingegen habe die Versammlung voll und ganz ihren Zweck erfüllt. Dafür danke er der Versammlung, die gezeigt habe, daß sie mit Terroristen und Strafecklern nichts zu tun haben wolle. Unter großer Heiterkeit wies Polorn darauf hin, daß im Augenblick nur noch ein paar Männer der Sprengkolonne wie begessene Fudel den Saal verlassen. Vielleicht kommen auch diese noch einmal zur Verurteilung. Damit schloß die denkwürdige Versammlung, die den Terroristen noch lange in den Gliedern stecken dürfte.

Prozeß Kaupach gegen Kurup.

Unter der Heberschrift: „Der alte Verband vor Gericht“ wiederum als Zechenverband gekennzeichnet“ bringt die Nr. 47 des „Bergknappen“ einen längeren Bericht, in dem dann auch die Behauptung aufgestellt wird, der Verband beginn, der Kamerad Kaupach brauche auf den Ausgang dieses Prozesses nicht stolz zu sein. Ohne erliche Bedenken und Unwahrheiten geht es nun in dem Bericht des „Bergknappen“, wie wir das ja auch längst gewohnt sind von jeder Seite, einmal nicht ab. Lassen wir deshalb den Vorgang und den Verhandlungsbericht folgen: Ueber eine am 8. Mai 1910 stattgefundene Belegkassaversammlung der Rheinisch-niederrheinische brachte die Nr. 30 des „Bergknappen“ einen Artikel, den wir des Interesses halber wörtlich wiedergeben. Es heißt dort:

„Schon kurz nachher erklärten verschiedene Beamte (dessen Namen man aber auch im Termin nicht bekannt gab) in einer Mitteilung in bezug auf einen Diskussionsredner des Gewerkschein, wenn derselbe nicht kündige, würde er gefündigt. So geschah es auch. Dem Diskussionsredner des Verbandes wurde kein Haar gekrümmt. Der Genosse hatte den wehmütig um Verzeigung gebeten mit der Entschuldigung, in der Versammlung habe er das Guter zu viel getroffen gehabt, er wisse nicht mehr, was er gesagt“

habe. Den Belegschaftsmitgliedern gegenüber gebietet man sich mög-

Durch diese Notiz fühlte sich der Kamerad Kaupach, welcher in jener Belegschaftsversammlung neben dem christlichen Gewerkschafts-

So sah es also schon im zweiten Termin mit der angeklagten Beweiskennung

Also alle drei von Kämpf geladenen Zeugen wissen nichts von einem be- und wehmütigen Kaupach, sie alle befanden, daß Kaupach nicht bei ihnen gewesen ist.

Kühnes Brechen!

Obgleich längst bekannt ist, daß die Sicherheitsmänner auf Zechen

Christliche Zahlenrechnung.

Bei der letzten Wahlenwahl erhielt der Bergarbeiterverband 299

Table with 3 columns: Year, Verband, Gewerksverein. Rows for 1909, 1904, and Zunahme.

Wir bemerken nochmals, daß das Resultat für den Gewerksverein nur infolge des Kompromisses möglich war, also von der eigenen Kraft

Wir zu etwas sagt, muß meinen, in dem Gewerksverein die größte Bergarbeiterorganisation Deutschlands vor sich zu haben.

Und die wirkliche Stärke zu zeigen, wäre es doch nötig, monatliche Abrechnungen in „Bergknappen“ zu veröffentlichen.

„Christliche“ Denunzianten in Mellinshausen.

In Mellinshausen, der bisherigen schwarzen Schöburg, sind unsere Kameraden schon wiederholt von „Christlichen“ denunziert worden.

lichen Denunziationen sind nur eine Folge der religiösen Verhehlung durch den „Bergknappen“ und die Zentrumsprelle.

Wir betätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 8. d. M. und erwidern, daß Sie nach dem Bericht unseres Vertrauensmannes

Oberbergamtsbezirk Bonn. Knappschaffswahltag im Eschweiler Bezirk.

Bei den am 10. November im Eschweiler Bezirk stattgefundenen Wahlen wurden für die Sprengel Rumpelsch und Stätgen die Kandidaten des Bergarbeiterverbandes gewählt.

Hannover, Braunschweig, Osnabrück. „Bergknappen“ und Invalidenrechte.

„Schwindeln und Verleumdungen ist Geschäft“, das Motto hat zweifellos dem Schreiber des „Bergknappen“-Artikels vorgeschwebt, als er den Bericht: „Aus dem Sozialknappschaffsverein Clautal“ schrieb.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen. Kolonie der Grube Bismard in Pöln.

„Es liebt die Welt, das Strahlende zu schwärzen und das Erhabene in den Kot zu ziehen!“ Wie oft hat die Arbeiterpresse nicht schon dies Sprichwort zu hören bekommen, wenn sie die Wohlfahrts-

Einen Beweis dafür, was trotz aller Verordnungen und Vorschriften den Arbeitern unter dem Stittel „Werkwohnung“ geboten wird, liefert die Grube Bismard in Pöln.

ohne Trinkwasser! Aber auch ein Beispiel dafür, wie nötig die Aufklärung unter der Arbeiterschaft an manchen Orten noch ist, und was hier immer noch angefallen werden darf, bevor sie auf die zweifelhaften Wohlthaten solcher Art verzichten lernen.

Königreich Sachsen.

Die Sicherheitsmänner-Wahlen im Zugau-Deilschitzer Revier.

finden auf den Werken, mit Ausnahme von Pluto-Merkur, am 10. Dezember wie folgt statt: Deutschländische Wahlen mit Vereinsglück, von 1 bis 4 Uhr nachmittags, im Kaiserhof zu Leisnig.

Lohnbewegungen und Streiks. Forderungen bewilligt.

Auf der Grube Marie bei Wintersdorf (S.-A.) hatten die Arbeiter an die Werksverwaltung eine Eingabe gerichtet, in der um Verkürzung der Schichtzeit von 12 auf 9 Stunden gebeten wurde.

Eine Lohnreduzierung auf Rintkenheerd erfolgreich abgewehrt.

Die Macht der Einigkeit hat sich am 20. Oktober hier selbst mit greifbarer Deutlichkeit gezeigt. Die Direktion der Frankfurt-Rintkenheerder Braunkohlenwerke hatte den Arbeitern durch Ausbhang eine Forderung der Schichtzeit von 12 auf 9 Stunden geboten.

Der Streik in Südwestfalen.

Interessieren dürfte noch die Aeußerung des Herrn Direktors während der Verhandlungen: „Da lassen Sie sich einen aus Genfberg herkommen, der doch nur hohe Provisionen von Ihnen bezieht!“

Briefkasten.

F. Sch., A. Z., Westfalen. Ohne nähere Beweisangabe nicht zu bemerken. Wenn es in solchen Fällen zur Klage kommt, zieht der Redakteur in der Regel den kürzeren, wenn er nicht erdrückendes Beweismaterial erbringen kann.

Verbandsmitglieder, beteiligt euch in allen Zahlstellen recht zahlreich an der Hausagitation sowie an den Mitglieder-Versammlungen

Verbandsnachrichten.

Achtung! Auswanderer! Achtung!

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Ueberweisungskarten für auswandernde Mitglieder nur dann ausgestellt werden können, wenn das Mitglied mindestens ein Jahr bei uns Mitglied ist und seine Beiträge und Beitragsbeiträge pünktlich bezahlt hat. Wenn das Buch nicht Ueberweisungskarte sofort per Post zurückgeschickt werden soll, so müssen 20 Pfg. in Briefmarken beigefügt werden.

An die Vertrauensleute und Ortsverwaltungen!

Bei dem Verlangen um Ausstellung von Duplikaten muß angegeben werden, wie weit und welche Beiträge (ab zu 50, 40, 30 Pfg., auch Streckmarken) im alten Buch geleistet waren. Auch muß angegeben werden, wie viel und welche Unterstellungen das Mitglied bezogen hat. Bei jeder Bestellung müssen 20 Pfg. in Briefmarken mit eingeliefert werden. Die Bucherei ist angewiesen, wenn vorstehendes nicht angeführt ist, kein Duplikat mehr auszustellen, weshalb wir ersuchen, dieses zu beachten.

An die Knappschaftskassen!

hat die Friedrich-Wilhelm-Versicherungsgesellschaft ein Rundschreiben gerichtet, worin den Kassen Agenturen empfohlen werden. Wie schon uns daher veranlaßt, unsere Kassen darauf aufmerksam zu machen, daß sie nach der Satzung des Allgemeinen Knappschaftsvereins und der vom Vorstande dieses Vereins gebildeten Praxis solche Nebenbeschäftigungen nicht ausüben dürfen, wenn sie ihre Kassenanteile nicht verlieren wollen.

Wegen Disziplinbruch und Gegenagitation ist das Mitglied Wilhelm Bente, Haupt-Nr. 212562, auf Antrag der Zahlstelle Obermassen aus dem Verbands ausgeschlossen. Der Vorstand.

Achtung! Von einem Konferenzteilnehmer ist am Mittwoch, den 16. November im Neuhaus'schen Saale in Bochum ein Regensturm gesehen worden, dagegen ist ein anderer Schirm mitgenommen worden. Der Austausch der Schirme kann auf dem Verbandsbüro erfolgen. Wer seinen Schirm stehen gelassen hat, kann dieses auch schriftlich mitteilen.

Bezirk Bochum. Laut Beschluß der Agitationskommission findet am Sonntag, den 27. November, eine allgemeine Hausagitation für den ganzen Bezirk statt. Die Kameraden werden ersucht, sich zahlreich den Ortsverwaltungen an dem genannten Tage zur Verfügung zu stellen.

Braunauer. Hier wird das Gerücht verbreitet, der frühere Vertrauensmann Böckmann solle Verhandlungen mit der Regierung gemacht haben. In der Ortsverwaltungssitzung, zu der die Kameraden Liebewirth und Merkel erschienen waren, erklärten beide, solche Verhandlungen nicht gemacht zu haben. Sie konnten solche Verhandlungen auch gar nicht machen, da ihnen jeder Beweis hierzu fehlt. Wir warnen die Kameraden vor Weiterverbreitung. Kamerad Böckmann hat die Geschäfte als Vertrauensmann stets zur vollen Zufriedenheit geleitet. Auch die ihm anvertrauten Gelder hat er stets reell verwaltert resp. abgeliefert.

Hofedde. Die Streitigkeiten zwischen den Kameraden Lücker und Korfmacher haben durch Vergleich der beiden ein Ende gefunden. Kamerad Korfmacher konnte für seine Anschuldigungen keine Beweise erbringen und nahm die beleidigenden Ausdrücke mit Bedauern zurück, worauf Kamerad Lücker auch den Ausschlussantrag zurückzog.

Adressenveränderungen.

Reininghausen. Als erster Vertrauensmann fungiert nun der Kamerad August Krüger in Ostreich Nr. 74, als Kassierer Gustav Ritterswürden in Ostreich Nr. 67; beide Post Wenzede.
Unterlohberg. Die Geschäfte als Vertrauensmann werden jetzt vom Kameraden Oswald Hoffmann, Unterlohberg bei Dinslaken, Scharnhorststraße 11, geführt.

Sücherrevision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:

Höberg. Vom 25. November bis 10. Dezember.
Barth. Vom 1. bis 15. Dezember.
Dahlhausen-Sörsterholz. Vom 25. November bis 10. Dezember.

Reihen. Vom 24. November bis 8. Dezember. Die sämtlichen Mitgliedsbücher werden eingesehen.

Wenz. Im Monat Dezember.
Niederboisfeld. Vom 24. November bis 1. Dezember.
Deppel I. Vom 20. bis 27. November.
Höhlinghausen. Vom 15. bis 30. November.
Stübel II. Vom 1. bis 15. Dezember.
Studenbusch. Vom 1. bis 10. Dezember.
Stratum. Vom 1. bis 15. Dezember durch den Bezirksleiter.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Ohne Vorlegung des Mitgliedsbuches und Krankenscheines darf keine Unterstüzung ausgezahlt werden.

Oving I. Die Krankenunterstützung wird jeden Freitag nachmittags ausgezahlt.

Kranzpendemarken.

In folgenden Zahlstellen werden Kranzpendemarken à 10 Pf. geklebt: **Carnap.** Im Monat Dezember.

Lokalfondsmarken.

In folgenden Zahlstellen werden Lokalfondsmarken geklebt: **Studenbusch.** Vom 1. bis 10. Dezember.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

In allen Versammlungen: Neuwahl der Ortsverwaltungen für das Jahr 1911.

Marienthal. Jeden Sonntag nach dem Zahltag, vormittags 10 Uhr, im Gasthof Sauerbühl. Abhaltung der Beiträge.
Unterweilbach. Jeden letzten Sonntag im Monat, nachmittags 4^{1/2} Uhr, im Gasthof „Zum Hirsch“.

Jeden Sonntag nach dem 20. des Monats:

Akerbach. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof zu Kalmsdorf.
Eberlohren. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Friede in Heltbrin.
Wenzberg. Nachmittags 3 Uhr, im Restaurant „Gladan“.
Höhlinghausen-Süd. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Kolte, Gradub.
Saalgast. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Klopff.
Strohheim. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof in Strohheim.

Jeden Sonntag nach dem 25. des Monats:

Auerbach. Abends 7 Uhr, im Gasthof des Herrn Heilig in Auerbach.
Scherbach. Abends 7 Uhr, im Restaurant „Amstet“.
Prose. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus „Zum schwarzen Bir“.
Scheibisch. Abends 7 Uhr, im Restaurant des Schwedener Konsumvereins.
Söllingen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wegmann, Friedrichstraße.

Jeden vierten Sonntag im Monat:

Altenburg. Nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Altenrade. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Westfeld.
Ammerdorf. Nachm. 3 Uhr, im „Bürgerklub“ in Burg bei Immendorf-Adewell.
Bausan. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Scherz, Sanktstraße.
Höhlinghausen. Vormittags 10 Uhr, in der Gewerkschaftshaus.
Braunauer. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Vierter, Bismarckstraße.
Breunsdorf. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus „Zur Wiesenhalle“.
Dahlhausen-Schmidthorff. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Ulrich, Schmidthorff.
Essen-Mittelscheid. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn G. W. M. Müllerscheid.
Heben. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Gemrich, Bleibhoff (fr. Hofmann).
1. Vortrag: Die gegenwärtige Lage der Bergarbeiter. **2. Neuwahl der Ortsverwaltung.** **3. Kartellangelegenheiten.** **4. Verschönerung.**
Höhndorf. (Zeit unbekannt.) Im Gasthof des Herrn Schammelt in Hohndorf.
Hofedde. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Alex. Steven Hofedde.
Jahren. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Friedrich Heibauer.
Kahna. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „Zum weißen Klotz“.
Scheffeln. Nachmittags 3 Uhr, im Schlosshau.
Sinsen-Nord. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Strunk, „Gold. Löwe“.
Wahl. Nachmittags 3 Uhr. Wo? sagt der Vort.
Wiesenberg-Herrn. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Herb in Netten.
Wiesendorf. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn W. Winter.
Scharnhorst. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Hauke, Wambelohr.
Siebn bei Zwidau. Nachmittags 3 Uhr, im Restaurant des Herrn Neumärker.
Sulzbach (Saar). Nachmittags 4 Uhr, im Lokale „Wasser Kahn“.

Jeden letzten Sonntag im Monat:

Vinzen-Kraichagen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Rottmeier.
Witzsch. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Böhm (Brauerei).
Wylersdorf. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn F. Weller, „Deutscher Kaiser“.
Wülfersdorf. Nachmittags 3 Uhr. Wo? sagt der Vort.
Wülfen. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Fritz Altmeyer.
Berge-Sorbe. Vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn H. Rathias, Friedrichsplatz.
Berge. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Wilh. Düppe.
Bergehausen. Vormittags 10^{1/2} Uhr, im Lokale des Herrn Hasberg in Mittensteich.
Vortrag des Kameraden H. Schmidt, Essen.
Verghofen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn G. Fiebig.

Bielang. Vormittags 11 Uhr, beim Vertrauensmann.
Bittermarf. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn G. Feig.
Bochum I (Wiesengarten). Vormittags 10^{1/2} Uhr, im Lokale des Herrn Krawinkel.
Bodelschwingh. Nachm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn A. Engelhardt, Bielefeld.
Breitenhain. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof in Breitenhain.
Bühl. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Bredenbrock in Buer, Dagen.
Bühlhausen-Sörsterholz. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Sörster.
Deufen. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Haas.
Dümmen II. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Godder, Landwehrstr. 6.
Essenberg (Pfalz). Abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Joh. Wau, Bachhoffstr. Ende.
Ebing I. Nachmittags 2 Uhr, im Lokale des Herrn Siepmann, Auf den Büchen.
Ebing II. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn J. Beeche, (früher Deumth.
Essen (Kuh). Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Vierter, Steelesstraße.
Essen (Kuh) V (West-Bismarck). Nachm. 4 Uhr, im Lokale der Witwe Schäfte.
Forschen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Michel Johann.
Frohndale. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Martz in Frohndale.
Gahrensch. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn W. Weg gen. Silber.
Hann a. d. Lippe. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Gradist.
Hamm-Nord. Vormittags 11 Uhr, Lokal unbekannt.
Harlingen. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn G. Steffen, Heggerstraße.
Herbede. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Otto Brodmann.
Herne. Nachmittags 4^{1/2} Uhr, im Lokale des Herrn Kampmeier, Schwanroststraße.
Vortrag über Tarifverträge.

Herbede-Zorken. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Neumann in Zorken.
Höhlinghausen. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Schleiter, Steuertag.
Hilfrop-Werthe. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Schumann.
Hochlar. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Adel in Hochlar.
Höhling II. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Schwabenberg.
Hohenviel. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wardenburg in Wanninghausen.
Hollen. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Hubert.
Höllhausen-Wülheim. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Ernst in Heizen.
Holzwick. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiest, Chausseestraße.
Hagen. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Mund.
Koster-Weinigen. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Notahr.
Kroh. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Böninghaus.
Kinder (Mühl). Nachmittags 5 Uhr, beim Kameraden Jul. Schmidt, Kreuzstr. 1.
Königsborn. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Paul Selzer.
Küsterhagen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wader.
Menselwitz-Rathenau. (Zeitangabe fehlt.) Im Gasthof „Zum deutschen Kaiser“.
Niederboisfeld. Vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn G. Weyling in Balthausen.
Niederboisfeld. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Ritz, Wöpp.
Neuversen. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn W. Sach.
Neuversen. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof in Neuversen.
Oberniedern. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Klipper.
Pöhlau. Abends 8 Uhr, im Gasthof „Festschloßchen“.
Vorgeleite. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Johann Driesch.
Wattlingen. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Johann Berg.
Wickhausen. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof des Herrn Simon.
Schanze. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Ziemer in Schanze.
Schneeberg. (Zeitangabe fehlt.) Im Gasthof „Zur Wartburg“.
Schwarzheide. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof des Herrn Thölen.
Sonnenberg I. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wöster (fr. Koch) in Kräh.
Sitzel. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Emil Weingartner.
Zwele. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Söpp.
Zwickau I. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Busch, Hofenerstraße 6.
Zwickau II. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Othenberg.
Zwickau III. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn G. Fischer.
Zwickau IV. Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn G. Kreil, Durchhölz.
Zwickau V. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Seidenficker (Tanzhalle).
Zwickau VI. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Genemann.
Zwickau VII. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Heinrich Sommer.
Zwickau VIII. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthaus Bremer, Südwinzen.
Zwickau IX. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Nijder.
Zwickau X. Abends 7 Uhr, im „Wanderhühner“.

Vortrag über Tarifverträge.

Sonntag, den 27. November 1910:
Altenbühl. Nachm. pünktlich 3 Uhr, im Lokale des Herrn Rudolf Bier.
1. Zeitung der Zahlstelle und Wahl der beiden Ortsverwaltungen. **2. Festzug** der Versammlungen im Jahre 1911. **3. Vortrag.** **4. Zahlstellenangelegenheiten.**
Berndorf. Jeden Sonntag nach dem 25. des Monats. Zeit- und Lokalangabe fehlt.
Bochum II. Nachmittags 3^{1/2} Uhr, im Lokale des Herrn Kregel, am Rottfelsen.
1. Bericht der Ortsverwaltung. **2. Neuwahl** derselben. **3. Verhandlungsangelegenheiten.**
Bochum III. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Schulte-Umburg.
Doornum I. Nachm. 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Gde. Zepping u. Leibnizstr. 2.
1. Wahl der Ortsverwaltung. **2. Aufstellung** der Kandidaten zur Knappschafts-Alterversammlung. **3. Geschäftliches.**
Eggendorf. Nachmittags 4 Uhr, im Gasthaus des Herrn Wilh. Gente, Strohstraße.
Eving III. Nachmittags 4^{1/2} Uhr, im Lokale des Herrn Adolph, Grüne-Löhne.
Geisengarten IV. Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn Konr. Wöhlen, Sauerland.
1. Jahresbericht der Ortsverwaltung. **2. Neuwahl** derselben. **3. Verschönerung.**
Geurichenberg u. Enderbüchel. Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Feldmann, am Rande.
1. Vortrag des Kam. Hermes. **2. Wahl** der Ortsverwaltung. **3. Verschönerung.**
Haeer. Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Schulte (fr. Reinking), Hellwegstr. 45.
1. Vortrag über die heutige Lage. **2. Neuwahl** der Ortsverwaltung. **Zeit- und Lokalangabe** fehlt.
Höhling. Beim Kam. Wechsung, Oststraße 39. (Die Zeit ist beim Voten zu erfassen.)
Luerenberg. Nachmittags 4^{1/2} Uhr, im Lokale des Herrn Karl Köster.
Niedlinghausen. Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Rabel, Nr. 224.
Schmidthorff-Buschhausen. Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Böhm.
Bericht des Vorstandes der Sterbe- und Unterstützungsstelle der Zeche Neumühl.
Es ist Pflicht aller Kameraden, diese Versammlungen zu besuchen!

Öffentliche Bergarbeiter-Versammlungen

Sonnabend, den 26. November 1910:

Essenberg. Abends 7^{1/2} Uhr, im „Lamblich“ in Fättendorf. — Was haben die Bergarbeiter der Saage zu tun, um ihre Lage zu verbessern und die feindlichen Pläne der Saager abzuwehren? — Referent: Verbandsvorsitzender Herr Sachse, Wenzau.

Sonntag, den 27. November 1910:

Körsch und Bettingen. Nachmittags 3^{1/2} Uhr, im Saale des Herrn Müller in Körsch. — Der Kampf der Bergarbeiter um ihre Rechte. Referent: Kamerad Joh. Lempters, Saarbrücken.

Siheln a. Rug. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Brinkmann (Sauerer Uhrschloß), Kaiserstraße. — Wie kann die gegenwärtige Lage der Bergarbeiter verbessert werden? Ref.: Janscht, Gladbeck.

Vorgeleite. Nachmittags 4 Uhr, im Saale des Herrn Driesch. — Der neue Herr Reichsführer von Sacht VI und wie lassen wir uns gegen dessen Willkür behaupten? Referent zur Stelle.

Kammin und Wiesebach. Nachmittags 3 Uhr, im Saale des Herrn Hoffing in Kammin. — Die gegenwärtige Lage der Bergarbeiter. Referent: Kamerad Fritz Stein, Kammin.

Sonntag, den 4. Dezember 1910:

Berndorf a. Rug. Nachmittags 2^{1/2} Uhr, im Gasthof „Zum goldenen Tal“. — Die bevorstehenden Eisenbahnerstreiks. Referent: Kamerad Kammin, Saage.

Sander-Röhlig. Nachmittags 4^{1/2} Uhr, im Gasthof zu Hühndorf. — Die bevorstehenden Eisenbahnerstreiks. Referent: Kamerad Kammin, Saage.

Achtung! Saar-Revier Achtung!

Freitag, den 25. November 1910.
Altenwald. Abends 7 Uhr, im Saale des Herrn Nikolaus Schmidt.

Sonntag, den 27. November 1910:
Siheln a. Rug. Nachmittags 3^{1/2} Uhr, im Saale des Herrn Friedrich Juffli, Hühndorf. Abends 8 Uhr, im Lokale der Witwe Egert.

Zusammenfassung in allen Versammlungen:
Der Kampf der Bergarbeiter um ihre Rechte. — Freie Diskussion. Referent: Kamerad Fr. Neumann, Bochum.
Die Bergarbeiter und deren Frauen sind zu diesen Versammlungen eingeladen.

Achtung! Mart b. Hamm Achtung!

Sonntag, den 27. November, nachmittags 4^{1/2} Uhr, im Lokale des Herrn Polmann, in der Markt.

Öffentl. Volksversammlung.

Zusammenfassung:
Die Forderungen der des Radobundung vor dem Landgericht in Bochum und welche Schritte gehen wir daraus? Referent: Kamerad Fr. Neumann, Bochum. Freie Diskussion. Die öffentliche Diskussion ist erwünscht. Der Einlass ist frei.

Die Bergarbeitergeschichte

von Otto Hue

Kameraden! Der von uns angekündigte erste Band der Bergarbeitergeschichte unseres Kameraden Otto Hue ist eingetroffen und kommt umgehend zum Versand. Dieser Band enthält die Schilderung der Bergarbeiterverhältnisse im Altertum und im Mittelalter. Wenn man die moderne Bergarbeiterbewegung ganz verstehen will, muß man die früheren Rechtsverhältnisse der Knappen kennen lernen. Zum Beispiel gewinnt man für die knappschaftlichen Forderungen der organisierten Bergleute erst volles Verständnis, wenn man sich über die Entstehung und Entwicklung des Knappschaftswesens, über die alten Rechte der Knappschaftsmitglieder unterrichtet. Dafür ist das vom Kameraden Hue verfaßte Buch ein unentbehrlicher Wegweiser. Darum fordern wir alle Kameraden auf, soweit sie es noch nicht getan haben, **sofort** das Buch bei der untenzeichneten Firma oder bei der Ortsverwaltung ihrer Zahlstelle zu bestellen. Der von der rühmlichst bekannten Firma J. H. W. Dietz in Stuttgart hergestellte Werk erscheint in zwei starken Bänden, dauerhaft gebunden. Der erste Band kommt — wie gesagt — in diesem Monat heraus. Nun, Kameraden, nicht mehr gezögert, sondern bestellt euch das Buch für eure Privatbibliothek.

„Wissen ist Macht!“

Wer daher seinen Mann stehen will im Kampfe gegen die Gegner der Arbeiterforderungen, der muß sich Wissen verschaffen. Wir erwarten, daß das angekündigte Werk von allen lernbeifrigen Kameraden bestellt und eifrig studiert wird.

Die **Verbandsmitglieder** erhalten das Werk geschmackvoll und solide gebunden in zwei Bänden zum Preise von 8 Mark. Der erste Band ist bei der Empfangnahme zu bezahlen, der zweite Band kann in 50 Pf. Raten im voraus bezahlt werden. Klebekarten und Marken sind nur bei den Ortsverwaltungen der Zahlstellen zu haben. Durch diese Einrichtung besteht auch für den Aermsten die Möglichkeit, sich dieses Buch anzuschaffen. — Wir erwarten recht zahlreiche Bestellungen und zeichnen mit Glückauf!

Zur gefl. Beachtung! Vollgeklebte Karten und Karten, auf welchen mindestens acht Marken à 50 Pf. geklebt sind, wolle man uns durch die Ortsverwaltung zustellen lassen. Wir verabfolgen darauf den ersten Band und schicken die nicht vollgeklebten Karten mit den Büchern wieder zurück. Die vollen Karten bleiben hier. Alle Bücher werden mit der Post extra, also nicht mit den Zeitungspaketen, gesandt.

H. Hansmann & Co. in Bochum.

Wir empfehlen die in unserm Verlage erschienene neue Sammlung Gedichte unseres ehrwürdigen Kameraden

Heinrich Kämpchen. Was die Ruhr mir sang

bietet der Dichter sein neues Werk. Die große Nachfrage und gute Aufnahme der beiden ersten Bände seiner Lieder, welche seit Monaten vollständig vergriffen sind, veranlaßt uns, einen dritten Band herauszugeben und wir sind überzeugt, daß das, was der Verfasser seinen Kameraden in dieser neuen Sammlung Gedichte bietet,

eine Zierde für den Büchertisch ist.

Durch sauberen Druck auf gutem Papier, in geschmackvoller Ausstattung geben wir dem Werkehen — dem Inhalt entsprechend — auch äußerlich ein schönes Gewand, sodaß wir es einem jeden Kameraden bestens

Der Preis für unsere Mitglieder beträgt 75 Pf., im Buchhandel 1,00 Mark.

H. Hansmann & Co., Bochum Westf.

Wir empfehlen ein von einem Juristen verfaßtes und vom Verbandsvorstande herausgegebenes Schriftchen:

Verfahren vor dem Berg-Gewerbegericht

Das Schriftchen gibt Aufklärung über die Rechte und Pflichten der Berggewerbe- und Bergschiedsgerichts-Mitglieder und enthält auch sonst manch wichtige Fingerzeige für solche Kameraden, welche beim Berggewerbegericht Hilfe suchen müssen.

Der Preis dieser Broschüre ist für Mitglieder des Verbandes der Bergarbeiter bei Einzelheft 30 Pf., bei Partienbestell 25 Pf. Bestellungen erbeten an die Firma **H. Hansmann & Co. in Bochum,** Wiemehanserstraße 35-42.